

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugpreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

64. Jahrgang

Berlin, den 1. Mai 1926

Nummer 34

Sum Maientag der Arbeit!

Der Maifeiertag der organisierten Arbeiterschaft der Welt ist ein Protestfeiertag gegen die aus der privatkapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsform hervorgehende Unterdrückung der persönlichen Träger der menschlichen Arbeitskraft. Es ist ein Bekenntnistag des Sozialismus, d. h. jener Weltanschauung, die sowohl in ihren ideellen wie materiellen Zielen die Befreiung der Arbeiterschaft aus den Fesseln politischer und wirtschaftlicher Knechtschaft erstrebt. In diesem Sinne verbindet sich der Gedanke des 1. Mai in allen Ländern seit 37 Jahren mit dem ewig jungen Wiedererwachen der Natur aus des Winters eifigen Banden zu neuem Leben. Wie die millionenfachen Kräfte im Wald und auf der Heide, in Feld und Flur in den Maientagen jeden Jahres Blüte an Blüte in herrlichen Farbenschmuck drängen, so sucht auch das Schöne nach einer freieren und schöneren Gestaltung des menschlichen Lebens im Reiche der menschlichen Arbeit durch die Feier des 1. Mai nach einem lebendigen und feierlichen Ausdruck gegenüber allen Feinden und Unterdrückern der Arbeiterschaft.

Daß dieser Protest gegen Unrecht und Gewalt privatkapitalistischer Herrschaft in Staat und Wirtschaft weber in Deutschland noch sonstwo in maßgebenden Staatsgebilden nicht ohne mehr oder weniger starke Hemmungen politischer und wirtschaftlicher Art gegen die völlige Arbeitsruhe am 1. Mai durchgeführt werden kann, ist ein Beweis dafür, daß jene Kreise, mit denen die organisierte Arbeiterschaft trotz Revolution und ähnlicher Umwälzungen in fast allen Ländern der Erde auch heute noch zu ringen hat, noch nicht aus dem Sattel gehoben sind, daß sie aber auch nach wie vor in dem Maifeiergedanken der Arbeiterschaft eine ernste Gefahr für den Bestand ihrer Herrschaft erkennen und sich deshalb mit allen Mitteln ihrer Gewalt dagegen stemmen.

Und dennoch wäre es verfehlt, wenn man nicht anerkennen wollte, daß seit jenen Tagen (14. bis 21. Juli 1889), als in Paris über 400 Vertreter der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft von etwa 20 Kulturstaaten der Welt den 1. Mai als Tag einer einheitlichen Kundgebung der Arbeiter aller Länder für eine gesetzliche Beschränkung der Dauer des Arbeitstages auf acht Stunden proklamierten, der Gedanke des *M a i t a g e s* schon längst aus dem Olymp theoretischer Erwägungen herabgestiegen und der praktischen Verwirklichung viel näher gekommen ist als manche andre Forderungen der Arbeiterschaft.

Wenn von einer einheitlichen und unbeschränkten Durchführung des Achtstundentages auch heute noch nicht in dem Sinne gesprochen werden kann, wie es dem Wunsche der Arbeiterschaft entsprechen würde, so ist dennoch ein erfreulicher, in Anbetracht der großen Widerstände, die dabei zu überwinden waren, riesiger Fortschritt in diesen 37 Jahren seit Aufstellung dieser Forderung auf internationaler Grundlage erzielt worden. Und gerade wir Buchdrucker dürfen mit Stolz für uns in Anspruch nehmen, nicht nur in Worten, sondern durch die Tat schon kurze Zeit nach dem Pariser Kongress für den Kulturgedanken einer kürzeren Arbeitszeit ins Feuer gegangen zu sein. Der große Neunstundenkampf, den unsere Organisation, der Verband der Deutschen Buchdrucker, im Winter 1891/92 durchfocht, der, wenn auch nicht sofort, so doch nach wenigen Jahren durch den Tarif von 1896 eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von früher zehn und noch mehr Stunden auf neun Stunden für die große Mehrzahl der deutschen Buchdrucker brachte, war eine bahnbrechende Tat und ein erhebendes Beispiel für

Mastked der Arbeit —
Nun trost empor!
Die Wolken, unstet schweifend,
Hemmen ihren Lauf,
Licht und Leben bricht hervor,
Und Menschen singen,
Brausend schall's im Chor
Von Freiheit, Gleichheit und Recht.

Erster Mat!
Alle Opferwunden schmerzen,
In vielen Herzen
Best Zorn und Mut.
Doch in uns quillt neuer Mut,
Und es treibt uns frische Kraft
Heute bei der Arbeit Wallfahrt.

Kämpfer marschieren
In Reih und Glied.
Durch der Städte steinernes Meer
Zieht wieder der Arbeit gewaltiges Heer.
Den Unterdrückern und ihren Knechten
Stellt der Warnruf:
Es ist genug!

Throne stürzten,
Und des Kapitals Paläste zittern,
Wenn das Proletariat, geeint und einig,
In zielklarem Willen steht zuhauf.
Dann stürmt es in rasenden Gewittern,
Dann wälzen heran sich Riesenlawinen —
Und auch dieser Herrscher Schicksal nimmt
seinen Lauf!

Sturmlied am ersten Mat,
Heilig unsern Scharen
In allen Ländern, Breiten, Zonen,
Künde allen, die sich uns als Feind gebärden,
Daß auch sie nicht bleiben Gebieter auf Erden,
Daß auch ihre Macht geht einst zu Ende,
Denn es kommt die Weltensende
Und mit ihr der Freiheit Sieg!

Berlin A. Behold

die gesamte übrige Arbeiterschaft der Welt. Weltkrieg und Revolution sind inzwischen über unsre Generation hinweggebraust und der Achtstundentag, in der Geburtsstunde des Maifeiertags der Arbeit noch ein fernes Ziel, steht heute vor seiner gesetzlichen Festlegung durch die bevorstehende Ratifizierung des Washingtoner Abkommens!

Ausbau der Sozialpolitik ist die zweite Forderung, die dem Maifeiertag der Arbeiterschaft zugrunde liegt. Besonderen Schuß gegen die sozialen und wirtschaftlichen Schäden der Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität fordert die Arbeiterschaft vom Staate, der die heute noch bestehende privatkapitalistische Wirtschaftsform mit ihren kultur- und gesundheitschädlichen Ausbeutungsmöglichkeiten der menschlichen Arbeitskraft besonders schädigt und stützt. Auch hier sehen wir trotz politischer Staatsumwälzung die alten wirtschaftspolitischen Kräfte des Unternehmers-

tums immer noch am Werke, jeden Fortschritt auf dem Gebiete der Sozialversicherung zu verhindern, die persönlichen und körperlichen Lasten des Produktionsprozesses auf die Arbeiterschaft abzuwälzen, sie in sozialer und wirtschaftlicher Abhängigkeit von sich von der Wiege bis zum Grabe zu halten. Auch hier besteht für uns Buchdrucker eine große historische Erfahrung, die uns dazu verpflichtet, in Reih und Glied mit der gesamten Arbeiterschaft am 1. Mai öffentlich dafür einzutreten, daß diese Lasten in Zukunft gerechter als bisher verteilt werden. Denn gerade die bei uns von den ersten Tagen unsres Organisationsaufbaues geübte kollegiale Selbsthilfe hat uns den Wert wie aber auch die persönlichen Opfer für Schutz gegen die wirtschaftlichen Folgen von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Gebrechlichkeit im Alter ganz besonders schätzen gelehrt. Wie groß die Notwendigkeit einer Erleichterung für die Arbeiterschaft auf diesen Gebieten ist, läßt sich daher auch daran ermaßen, daß nahezu drei Viertel aller Anträge zu unserm diesjährigen Verbandstag sich auf einen weiteren Ausbau der Unterstützungseinrichtungen beziehen. Trotz aller kollegialen Opferwilligkeit, die mit einem Teil dieser Anträge verbunden ist, zeigt sich aber, daß dieser Opferbereitschaft in der erforderlichen Beitragshöhe sehr nahe liegende Grenzen gezogen sind. Die Rückwirkungen der wirtschaftspolitischen Krise auf das graphische Gewerbe sind infolge seiner Abhängigkeit vom Auf und Ab aller übrigen Wirtschaftszweige besonders groß und zwingen daher gerade die graphische Arbeiterschaft um so stärker dazu, für die Forderungen der gesamten Arbeiterschaft bezüglich der staatlichen Sozialversicherung einzutreten.

Aber auch über diese wirtschaftlichen Fragen hinaus hat der Maifeiertag der Arbeiterschaft eine besondere Bedeutung. Er soll auch eine nach- und eindringende Kundgebung für den *W e l t f r i e d e n*, gegen *M i t t a r i s m u s* und *K r i e g* sein! Trotz Locarno und Völkerbundstheorien sehen wir in fast allen Kulturländern der Erde immer noch große Kreise am Werke, die ihre bisherige Herrschaft mit Waffengewalt, durch Mord, Krieg und ähnliche Verbrechen zu erhalten trachten. Fast überall steht die Demokratie, der Gedanke der Regierung und Gesetzgebung durch die Völker selbst, noch in stark bedrohter Abwehr gegen Gewalt- und Herrenstippen jeglicher Art. In allen Ländern der Erde, selbst in dem entwaffneten Deutschland, muß die Arbeiterschaft schärfer als je darüber wachen, daß der offene und verkappte Militarismus, der Schrittmacher der privatkapitalistischen Ausbeutung, nicht wieder Oberhand erhält. Alle bisherigen Kriege sind für die Menschheit sowohl sittlich wie materiell Opferkatastrophen zugunsten herrschsüchtiger Volks- und Menschenfeinde gewesen. Und kein Krieg der Zukunft kann ein andres Resultat haben. Die Möglichkeit, Kriege zu vermeiden, ist jedoch bewiesen durch den Fortfall der Kriege der einzelnen Volksstämme gegeneinander innerhalb großer Staatengemeinschaften; in gleicher Weise werden Kriege großer Völker durch überstaatliche Vereinbarungen ganzer Staatengruppen auf internationaler Basis zu vermeiden sein. Die Notwendigkeit dafür hat der so opferreiche Weltkrieg erwiesen, der selbst die Sieger dazu gedrängt hat, die Schaffung eines Völkerbundes ins Auge zu fassen, der die Vermeidung solcher Katastrophen zum Ziele hat. Daß dieses große Ziel bald erreicht wird, das ist der Wunsch der gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft der Welt. In diesem Gedanken soll der Maifeiertag auch Tag des millionenfachen Bekenntnisses zum Weltfrieden sein!

Der Kampf des Unternehmertums gegen die Sozialversicherung

Die von der Reichsregierung über die Sozialversicherung 1924/25 herausgegebene Denkschrift hat zwar die Berechnung der Unternehmer über die Höhe der sozialen Lasten in Deutschland widerlegt. Deshalb haben jedoch die von jener Seite unternommenen Angriffe gegen die deutsche Sozialversicherung nicht aufgehört und nach wie vor wird die Senkung der Soziallasten gefordert. In neuerer Zeit richten sich diese Angriffe besonders gegen die Krankenversicherung, was durch die Tatsache erleichtert wird, daß hier der Aufwand gegenüber 1913 am stärksten gestiegen ist. Nach der Denkschrift entfielen an Ausgaben in Millionen Mark auf die verschiedenen Versicherungsgebiete:

	1913	1924	1925*
Zuwalddenversicherung . . .	406,5	400	680
Angestelltenversicherung . . .	138	129,5	181,5
Unfallversicherung . . .	228	150,4	191,6
Kranppflicht. Pensionsverf. . .	58	148	157
Krankenversicherung . . .	585	1118	1113
Familienversicherung . . .	—	10	20
	1415,5	2015,9	2343,1

*) Schätzung.

Hieraus läßt sich nicht bestreiten, daß eine wesentliche Steigerung der Soziallasten eingetreten ist, die gegenüber 1913 rund 77 Proz. beträgt und durch den Aufwand für die Erwerbslosenfürsorge eine weitere Erhöhung erfährt. Sie ist wesentlich höher als in der Veröffentlichung des Reichsarbeitsministeriums in Heft 2 des „Reichsarbeitsblattes“ 1925 angegeben wurde, wobei freilich berücksichtigt werden muß, daß die dort gemachten Angaben lediglich auf Schätzung beruhen, was auch für den auf das Jahr 1925 bezogenen Aufwand zutrifft. Hierbei bleibt aber zu berücksichtigen, daß sich auch die Zahl der Versicherten beträchtlich erhöhte, allein bei der Krankenkasse von 14,4 auf 19 Millionen, also um rund 32 Prozent, ähnlich bei der Unfallversicherung. Singu kommt, daß das Vermögen der Versicherungsträger durch die Inflation vernichtet wurde, wodurch die Zinseinnahmen in Wegfall kommen und schließlich sich der Gesundheitszustand der arbeitenden Bevölkerung unter dem Einfluß des Krieges und seinen Nachwirkungen erheblich verschlechterte. Während z. B. im Frieden nur etwa 3 Proz. der Versicherten infolge Krankheit arbeitsunfähig waren und Krankengeld bezogen, schwankte die Krankheitsziffer Mitte 1924 zwischen 4 und 5 Proz. und stieg in einzelnen Fällen bis auf 17 Proz. Für das Jahr 1925, dessen Rechnungsergebnisse noch nicht vorliegen, ist mit einer günstigeren Krankheitsziffer nicht zu rechnen. Hierzu trägt insbesondere die gewaltige Zunahme der Arbeitslosigkeit bei, die zahlreiche von der Entlassung bedrohte Arbeiter veranlaßt, sich krank zu melden, um so in den Bezug einer höheren Unterstützung zu gelangen als sie durch die Erwerbslosenfürsorge geboten wird.

Daß hierbei Fälle vorkommen, wo keine ernsthafte Erkrankung, ja selbst Simulation vorliegt, braucht nicht bestritten zu werden, und es ist das gute Recht der Krankenkassen, sich dagegen durch eine scharfe Kontrolle zur Wehr zu setzen. Es wäre aber falsch, zu verallgemeinern, wie es von der Unternehmerpresse geschieht, die derartige Vorkommnisse zu den heftigsten Angriffen gegen die Sozialversicherung benutzt und daraus die Notwendigkeit ihres Abbaues ableitet. In der Hauptsache wenden sich die Unternehmer gegen die Arbeitslosenfürsorge und die Krankenversicherung. Die Gründe dafür sind nachstehend.

Die Arbeitslosenfürsorge und deren beachtliche Umwandlung in eine Arbeitslosenversicherung ist den Unternehmern verhaßt, weil sie den erwerbslosen Arbeitern trotz niedriger Leistungen einen gewissen Nistplatz bietet, der verhindert, daß sie sich den Unternehmern in dem Umfang als Lohnrücker zur Verfügung stellen, wie diese es wünschen. Zugleich bedeutet sie in Zeiten ungünstiger wirtschaftlicher Konjunktur eine Stärkung der Angriffs- und Widerstandskraft der Gewerkschaften, die den Unternehmern sehr unangenehm ist. Das ist auch der Grund, warum sich die Unternehmer bereits vor dem Kriege so hartnäckig der Einführung der Erwerbslosenfürsorge widersetzen und sie mit allen Mitteln zu vereiteln suchten. Es endgültig zu tun, waren sie infolge der durch den Krieg veranfaßten besonderen Verhältnisse nicht imstande. Damit haben sie aber noch keineswegs die Hoffnung aufgegeben, diese eine unbegrenzte Erweiterung ihrer Ausbeutungsbestrebungen hindernde Einrichtung wieder zu beseitigen. Sie werden damit keinen Erfolg haben, wenn die Arbeiter an ihren Gewerkschaften festhalten und sich deren Stärkung angeschlossen sein lassen.

Bei den Angriffen der Unternehmer gegen die Krankenversicherung spielen ähnliche Erwägungen mit. Für die Unternehmer ist es neben ihrer Unlust zur Zahlung von Versicherungsbeiträgen von erheblichem Interesse, die Arbeiter in möglichst weitgehender wirtschaftlicher Abhängigkeit und Widerstandsunfähigkeit zu halten. Die Sozialversicherung tritt mit ihren Leistungen dem entgegen, besonders die Krankenversicherung. Für sie kommen durchgängig erwerbsfähige Arbeiter in Betracht. Sind die Krankenkassenleistungen entsprechend ausgebaut und hoch, so wird der Arbeiter durch den Eintritt einer Erkrankung in seiner Existenzgrundlage nicht wesentlich beeinträchtigt. Wohl aber ist es der Fall bei niedrigen Leistungen und wenn eine Erkrankung von längerer Dauer in Frage kommt. Deshalb sind die Unternehmer bestrebt, zugleich mit einer Herabsetzung der Beiträge auch eine Verminde-

zung der Leistungen herbeizuführen. Wie weit sie darin zu gehen gewillt sind, zeigt ein Aufsatz in Nr. 3 der „Arbeitsbegeisterung“, der u. a. die Befreiung aller Leistungen fordert, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Versicherung der Kranken stehen. Es sollen also in Wegfall kommen: die Familienversicherung und die Wohnbeihilfe. Des weiteren wird die Festlegung eines Höchstgrundlohnes von 6 M. und die Beschränkung der Mehrleistungen in einem Umfang verlangt, daß die Krankenkassen mit einem Höchstbeitragsatz von 76 Proz. auskommen. Tarifvereinbarungen zur Zahlung von Kopfpulagen neben dem Krankengeld sollen unterbleiben.

Damit jedoch nicht genug, fordert ein Aufsatz in Nr. 4 der „Arbeitsbegeisterung“ für Handel und Industrie“ die Arbeitgeber auf, in ihre Anstellungsverträge, Dienstvorschriften oder Arbeitsordnungen folgende Bestimmung aufzunehmen:

Der Arbeitnehmer ist im Falle einer Erkrankung verpflichtet, sich auf Verlangen des Arbeitgebers auf dessen Kosten jederzeit durch einen Vertrauensarzt des Arbeitgebers untersuchen zu lassen.

Von der Aufnahme einer derartigen Bestimmung erwartet das Unternehmerorgan, daß der Arbeitgeber sich durch einen ihm als zuverlässig bekannten Arzt einwandfreie Gewissheit über den Gesundheitszustand des Arbeiters verschaffen und gegebenenfalls mit größerer Aussicht auf Erfolg eine Nachuntersuchung durch die betreffende Krankenkasse erlangen kann. Sollten sich die Arbeitnehmer der Anerkennung dieser Bestimmung widersetzen, so wird empfohlen, das Arbeitsverhältnis zu kündigen und die Weiterbeschäftigung von ihrer Annahme abhängig zu machen. Arbeitgebern, die sich zu dieser Maßgabe nicht entschließen wollen, wird angeraten, bei Verdacht auf Simulation die Krankenkasse telephonisch um Untersuchung des betreffenden Arbeitnehmers zu bitten.

Wie aus dem Angeführten hervorgeht, haben die Unternehmer den Kampf gegen die Sozialversicherung und die Senkung der Soziallasten nicht eingestellt, sondern setzen ihn mit ungeschwächten Kräften nachdrücklich fort. Selbst die Beschneidung der erkrankten Arbeiter soll ihren Zwecken dienen. Dagegen müssen sich die Arbeiter mit aller Entschiedenheit wenden. Es kann keine Rede davon sein, daß sich die Arbeiter der Feststellung von Simulanten widersetzen, die die Sozialversicherung mißbrauchen. Auch die versicherten Arbeiter haben ein Interesse daran, daß die Beiträge der Sozialversicherung in erträglichen Grenzen bleiben und die Unterstützungsleistungen nur den dazu Berechtigten zukommen. Eine dafingehende Kontrolle zu üben, ist aber lediglich Sache der Versicherungsträger, denen hierfür ausreichende Befugnisse zustehen. Eine Kontrolle der Arbeitgeber müssen sich die Arbeiter dagegen verbitten, weshalb alle Forderungen dieser Art von ihnen entschieden abgelehnt werden müssen. Ebeisowenig haben die Arbeitnehmer Rechte, sich „eine Schmälerung der sozialen Versicherungsleistungen einzulassen“. Nicht nur, weil der hieraus entstehende Aufwand sich noch immer in erträglichen Grenzen bewegt, sondern die Versicherungsleistungen, besonders bei der Zuwalddenversicherung, Angestelltenversicherung und Erwerbslosenfürsorge noch so niedrig sind, daß sie nicht einmal die Bekleidung des notwendigsten Lebensunterhalts gestatten.

Technische Nothilfe oder faschistische Freikorps?

Die Technische Nothilfe (Teno) entwickelt sich mehr und mehr zu einer Organisation ähnlich den sogenannten vaterländischen Verbänden, die als Zentrum reaktionärer Untertöne berufen sind, den Widerstand der Arbeiter zu brechen, wenn der Tag der „nationalen Hoffnungen“ herangereift sein wird. Es ist deshalb sehr verständlich, daß bei den Statutarbeiten und bei Bewilligung von Reichsmitteln die Rechtsparteien für das Weiterbestehen und ausreichende Finanzierung sowie den Ausbau der „Teno“ eintreten, während die Linksparteien und die Gewerkschaften aller Richtungen den Abbau des Statutels oder die völlige Auflösung der „Teno“ fordern.

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände beantragten in einer an Regierung und Reichstag gerichteten gemeinsamen Eingabe vom 15. April 1925 bereits, die Auflösung der Technischen Nothilfe für das Jahr 1926/27 in der Weise vorzubereiten, daß für das kommende Rechnungsjahr die Statutitel entsprechend gekürzt werden. Der deutschnationale Innenminister Schiele verlangt dagegen zum Ausbau der Technischen Nothilfe für 1925 und 3 687 000 M. oder gegenüber 1924 ein Mehr von 367 000 M. aus Reichsmitteln. In seiner Antwort an die Gewerkschaften vom 7. September 1925 lehnte der Minister ab, den Abbau vorzubereiten, weil die „Teno“ ihre Nützlichkeit bewiesen habe, denn sei in der Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 30. März 1925 in 116 Fällen eingesetzt worden, u. a. zur Aufrechterhaltung des Betriebes von 26 Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken und insbesondere beim Hochbahnstreik in Hamburg und in der Meierei Volke in Berlin.

Nach den Ermittlungen durch die Gewerkschaften verteilten sich die gemeldeten 116 Einsätze auf ganze 34 Orte, und in sieben Orten (von diesen 34) leistete die „Teno“ Vöshilfe, betätigte sich also als freiwillige Reichsfeuerwehr. In den wenigen Fällen, in denen aus Anlaß von Streiks die „Teno“ eingesetzt worden ist, da gefahrdrohend auf ausdrückliches Verlangen der U n t e r n e h m e r, und nachdem diese den gewerkschaftlichen Notarbeitern den

Zutritt zu den bestreikten Betrieben sogar polizeilich verweigerten. Goerklärten sich z. B. die ausgeperrten Brauereiarbeiter in Münden zu Notarbeiten, Pferdepflege, Malzwenden usw., bereit; sie wurden jedoch durch Polizei gehindert, und dann setzte man die „Teno“ trotzdem ein. Im mitteldeutschen Streik der Gemeindefreiarbeiter haben die Streikenden die Notarbeiten selbst selbst ausgeführt, und nur in ganz vereinzelt Fällen mußten auch diese Notarbeiten durch die Gewerkschaften eingeleitet werden, weil einzelne Betriebsleiter nur der „Teno“ den Zutritt zu den Betrieben gestatteten.

Nach einem weiteren amtlichen Bericht ist die „Teno“ in der Zeit vom 5. September 1925 bis 29. Januar 1926 innerhalb 14 Wochen nicht ein einziges Mal im gesamten Reichsgebiet eingesetzt worden. Die wenigen Einsätze erfolgten fast ausschließlich bei Hochwasser- und Feuersgefahr, auch dort, wo z. B. Berufsfeuerwehr vorhanden ist und dieser gütigen Unterstützung sicher nicht bedurfte. Aber die von den zahlreichen Arbeitslosen oftmals gratis geleistete Hilfe in den west- und mitteldeutschen Überschwemmungsgebieten — ihnen ist solche Nächstenhilfe eine sittliche Pflicht — berichtet kein amtlicher „Teno“-Nachrichtendienst. Diesen wirklichen Not Helfen werden keine goldenen Nothelferabzeichen an die Brust geheftet, auch keine Urkunden überreicht. Aber einzelne ganz belanglose Einsätze sind Fiskalaufnahmen angefertigt, um damit eine wirksamere Propaganda für die Erhaltung der „Teno“ entfallen zu können.

Da der Reichstag statt der geforderten 3 687 000 M. für 1926 nur 2 850 000 M. bewilligte, so sucht die „Teno“ anderweitig Deckung und für die abgebauten ehemaligen Offiziere neue Wirkungsgebiete. Im amtlichen Nachrichtendienst läßt die „Teno“ erklären, daß nunmehr — nachdem der Abbau durch den Reichstag beschloffen — „die Ausbildung und Schulung ehrenamtlicher Führer im Vordergrund stiller organisatorischer Arbeit“ stehen müßte. Die hauptamtlichen, aus Reichsmitteln besoldeten Führer besorgen nun diese Aufgabe und bilden in „großem Maßstab“ ehrenamtliche Mitarbeiter“ heran. In privaten Kraftfahrtschulen werden Nothelfer zu Kraftwagenführern zu ermäßigten Sätzen herangebildet. Frauenführerinnen bilden Frauengruppen aus in der Behandlung von Proviant und in der Leitung des Kochens — für wen, das wird sorgsam verschwiegen! Die zur Verfügung gestellten Reichsmittel reichen zu solcher großzügigen Heeresreform und Ausbildung allerdings nicht aus, und deshalb werden andre, private Geldquellen flüssig gemacht. In allen Orten veranstalten die sogenannten UB. (Landesunterbezirksleitungen) mit den Ingenieuren- und Werksbetriebs Planispiele unter Mitwirkung von Ingenieuren und Wirtschaftsführern, um zu zeigen, wie im Einzelfall (siehe Rapp-Pulch!) „zugriffen“ werden muß. Solche Planispiele sind z. B. für Eisenbahn- und Hafenbetriebe unter Beteiligung von Hunderten von Nothelfern und maßgebenden Persönlichkeiten des Eisenbahnbetriebes, Vertretern der Werften, der Behörden, der Polizeipräsidenten usw. fortgesetzt veranstaltet worden. Vor Studenten und Dozenten der Universitäten werden Propagandavorträge über die Unentbehrlichkeit der „Teno“ gehalten und die Studenten zum Eintritt aufgefordert. Die innige Verbindung von Bahnschulung und Technischer Nothilfe ist allerdings in der Sitzung des Reichsausschusses vom 4. März 1926 durch den Staatssekretär Zweigert aus dem Reichsministerium des Innern bestritten worden; die „Teno“ habe nicht das geringste mit dem Bahnschulung zu tun, hieß es. Hier aber begehen die offiziellen Verlautbarungen der „Teno“ das Gegenteil, und zwar eine enge Arbeitsgemeinschaft beider gegen die Arbeiterschaft gerichteten und aus Reichs- und privaten Mitteln gespeisten Organisationen, die von den Behörden, Regierungsstellen, von Kriegerverbänden, vom Landbund, Innungen und Unternehmern planmäßig gefördert werden. Den vereinigten Innungsobmannern in Hamburg, im Kreisriegerverband Frankfurt a. d. O., vor dem Landbund in Lebus usw. hielten „Teno“-Beauftragte Vorträge, ließen Planispiele aufhängen, um dann von diesen Kreisen als Gegenleistung ein erneutes Treugelöbdis für die „Teno“ und, was die Hauptsache ist, Stiftungsbeiträge für den „Räderverlag“ als unfunktionierbare Korruptionsgelder einzuheimsen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Georg Schindt konnte in Reichstagsdarauf hinweisen, daß 16 000 Exemplare der Zeitschrift „Die Räder“ — des Zentralblattes der „Teno“ — an die Industriellen verteilt worden sind mit dem Ersuchen, Stiftungsexemplare zum Preise von je 5 M. zu abonnieren.

Die „Teno“ bereichert sich gegenwärtig auf große Affkionen vor. „Werbst hochwertige Fachkräfte für die Teno!“ So beginnt ein Aufsatz in ihrer Zeitschrift, der für Groß-Berlin zunächst verfaßt worden ist.

Was ist beschäftigt? Der Landesunterbezirk Groß-Berlin verlangt gegenwärtig zum weiteren Ausbau und zur Schaffung möglichst großer „Teno“-Reserven Fachleute aller Berufswege, die sich mittels Postkarte in Berlin-Steglitz, Birckhoffstraße, also bei der Hauptleitung, melden sollen. Gesucht werden in der Märznummer der „Räder“: Rangierer, Lokomotivführer, Triebwagenführer, Zugführer, Stationspersonale, Stellwerker, Güterbodenarbeiter, Wagenmeister, Störungsführer, Galvanoplastiker, Graveure, Stereotypenre, Buchdrucker, Offsetdrucker, Rotationsdrucker, Steindrucker, Buchbinder, Setzer, Anleger, Maschinisten für Dampfmaschinen, Dampfmaschinen und Dieselmotoren, Wassergasmader, Ofenbauarbeiter, Setzer, Apparatewarter, Seilbahnfahrer, Kranführer für Kohlen-

greifkräne, Gufrohrleger, Retortenmaurer, Umformerwärter, Freileitungsmonteur, Schalttafelwärter, Kraftwagenführer mit Führerschein und Röhre.

Und das alles, trotzdem noch immer keine Beziehungen zwischen Bahnfuß und „Teno“ nach den Darlegungen des Herrn Staatssekretärs Zweigert bestehen. Für die Eisenbahn, und zwar für die einzelnen großen Bahnhöfe, sowie für die Reichsdruckerei und die Postzeitung (!?) fanden im Februar dieses Jahres im Vortragsaal des Reichs- und Bauministeriums in Berlin, Invalidentrage, allein vier Versammlungen statt, in denen die Leiter der Einfallsgemeinschaften über die künftige Verwertung und Erhaltung der Posthäuser referierten. Eine derart fieberhafte Agitation kennzeichnet die „Teno“ als eine gefährliche, arbeiter- und republikfeindliche Organisation. Die gegenseitigen Freundschaften zwischen Unternehmerorganisationen und „Teno“, dazu die klinge Verbindung, beweist, daß die „Teno“ nur noch als staatlich subventionierte Streikbrecherorganisation angesehen werden muß. Der Schlüssel für das provozierende Verhalten der Reichsbahnverwaltung während der letzten Monate sowie die feindliche Einstellung bestimmter Wirtschaftskreise gegen die Gewerkschaften ist in dem Verhalten der „Teno“ und ihrer Propaganda zweifellos zu suchen. Das Allgemeinwohl wird durch eine solche Praxis tatsächlich gefährdet, nachdem sich diese unparteiliche Organisation zu einem Zentrum reaktionärer Konspirationen entwickelt hat.

Die annähernd 3 Millionen Mark Reichsmittel sind für soziale Aufwendungen dringender als zur Bildung faschistischer Organisationen. Die Auslösung der Technischen Hochschule ist deshalb zu einer staatspolitischen Notwendigkeit geworden.

Zur Frage der Berufsausbildung

Statistische Berechnungen ergeben, daß der starke Geburtenausfall der Kriegsjahre sich in wenigen Jahren in erheblichem Maße auf dem Arbeitsmarkt auswirken wird. Diese Aussicht hat die Unternehmerschaft stark beunruhigt. Sie befürchtet nicht mit Unrecht, daß ein eintretender starker Arbeitermangel die Macht der Gewerkschaften wesentlich steigern wird und daß damit ihre eigne übertragende Nachstellung im Produktionsprozeß eine Schwächung erfährt.

Die „Zeitschrift“ glaubt diesen Möglichkeiten dadurch begegnen zu können, indem sie den Ruf „Stell die Behrlinge ein!“ ausstößt. Daß damit allein die Auswirkungen des Geburtenausfalls beseitigt werden können, wird sie wohl ernstlich nicht behaupten wollen. Die Interessenvertretungen der Großunternehmerschaft wenden ihre Aufmerksamkeit seit einiger Zeit in verstärktem Maße dem Problem der technischen Arbeiterschulung zu. Hier erkennt man anscheinend, daß durch die Mehreinstellung von Lehrlingen; wie auch durch schematische Verlängerung des Arbeitstages die kommenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt nicht aus der Welt geschafft werden. Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeitskraft ist das Ziel, das dem von den Spitzenorganisationen der Unternehmerschaft gebildeten Arbeitsausschuß für Berufsausbildung vorsteht. Im Programm des Ausschusses stehen folgende Punkte: Erforschung des wirklichen Standes des Ausbildungswesens und des Facharbeitermangels; Arbeitsnachweis in Hinsicht auf zweckmäßige Lehrlings- und Arbeitsvermittlung; Prüfungsweisen; Abgrenzung der einzelnen Industrieberufe für die Facharbeiterschulung; Schaffung der hierzu nötigen Lehrgänge; Organisationsfragen der Berufs- und Gewerkschaften.

In Düsseldorf ist weiter ein „Deutsches Institut für technische Arbeiterschulung“ gebildet. Bei der Abteilung Schäfte der Gesenkschmied Bergwerks-A.-G. werden bereits seit geraumer Zeit praktische Versuche auf dem Gebiete der Arbeitererschulung gemacht. Aber die Gesichtspunkte, die hierbei maßgebend sind, brauchen die wirtschaftlichen Nachrichten für Rhein und Ruhr“ folgende interessante Ausführungen: „Die Werkjugend soll nach drei Gesichtspunkten geschult werden: Einmal die Erziehung zu einem hochwertigen Arbeiter, der mehr kann als der englische und amerikanische Wettbewerber. Zweitens muß der deutsche Arbeiter die Arbeit, die er mit der Hand schafft, mit seinem Geiste durchdringen. Und alte Arbeiterhaft war auch gut, sie hatte aber den Fehler, Scheuklappen zu besitzen. Eine stärkere Wendigkeit ist in die Leute hineinzubringen. Zum dritten muß man versuchen, den jungen Arbeiter zum Menschen zu erziehen, das was früher einmal die beste Seite unseres Militärs war. Der junge Arbeiter muß wissen, daß erst die Pflicht und dann das Recht kommt. Man muß ihn zu einem „ankündigen Kerl“ machen, der nicht nur arbeitet, weil die Faust des Meisters ihm im Nacken liegt, sondern der in der Arbeit etwas Natürliches, etwas Lebensnotwendiges sieht, der aus innerer Überzeugung arbeitet.“

Erreichen will man diese Ziele durch zweijährige ganz-tägige individuelle Ausbildung der Lehrlinge in Lehrwerkstätten. Durch systematischen Sport soll das Hantieren mit Werkzeugen erleichtert werden. Durch Elternabende, Vorträge, Werkzeitungen usw. hofft man dann zum Schluß den jungen Arbeiter zum „ankündigen Kerl“ zu erziehen.

Die Befürchtungen der Unternehmer und ihre vororglichen Abwehrbestrebungen werden verständlicher, wenn man das Wichtigste aus einem Artikel des Regierungstats

Dr. Strunden über „Geburtenausfall und Arbeitsmarkt“ in Nr. 44 des „Reichsarbeitsblattes“ zur Kenntnis nimmt. Er schreibt u. a., daß in vier Jahren der Jahrgang Jugendliefer der Volksschule verlassen und auf den Arbeitsmarkt treten wird, der im ersten Kriegsjahre geboren ist. Damit werde die große Störung, die der Krieg in den Lauf der Bevölkerungszunahme gebracht hat, beginnen, ihre Wirkungen auf den Arbeitsmarkt auszuüben. Der gesamte Geburtenausfall im Vorkriegsgebiet des Deutschen Reiches in den Jahren 1915—1919 betrage 3,3 Millionen. Gegenüber dem Arbeitsmarkt von 1928, der noch als normal angenommen werden könne, sei 1929 bereits mit einem Ausfall von über 80 000, 1930 über 500 000, 1931 über 570 000, 1932 über 640 000 und 1933 über 590 000 zu rechnen. 1934 werde man einen Ausfall von weit über zwei Millionen jugendlicher Arbeitskräfte zu erwarten haben. Erst von 1935 an werde der Zugang wieder normal sein.

Auf dem Arbeitsmarkt der Volkarbeiter werden sich nach Dr. Strunden die Wirkungen des Krieges erst äußern, wenn die im Kriege Geborenen das 18. Lebensjahr erreichen, also 1933—1937. Im Jahre 1937 werden über zwei Millionen Volkarbeiter fehlen. Von 1938 an werde der Zugang sich allmählich wieder steigern.

Wörtlich heißt es dann weiter: „Die Wirkungen auf den Arbeitsmarkt kann man nicht mit Sicherheit voraussagen. Es ist denkbar, daß Abfahrtsreisen die Wirkungen zum Teil ausgleichen. Es ist aber auch möglich, daß eine Konjunktur den mangelnden Zuwachs an Arbeitskräften noch stärker fühlbar macht. Das letztere ist sogar das Wahrscheinlichere. Man muß deshalb damit rechnen, daß in den Jahren 1929 bis 1933 ein steigender Mangel an jugendlichen Arbeitskräften und Lehrlingen und in den Jahren 1933 bis 1937 ein ständig steigender Mangel an Volkarbeitern herrscht. Diese Tatsachen werden von einschneidender Wirkung auf das Wirtschaftsleben sein. Die Arbeitslosigkeit dürfte zum mindesten in den Jahren 1933 bis 1937 verschwinden. Statt dessen wird sich ein starker Mangel an Arbeitskräften zunächst in den Gewerbezeigten zeigen, die schon bei normalem Arbeitsmarkt vor Arbeitnehmern nicht gern aufgeführt werden, also vor allem in der Landwirtschaft, in der Hauswirtschaft und aller Zweigen des Bergbaues. Geradezu katastrophale Wirkungen werden sich auf dem Arbeitsmarkt der qualifizierten Facharbeiter zeigen. Die Reihseite dieses Arbeitermangels wird sein, daß sich Arbeitsgelegenheit für jeden ungelehrten Arbeiter und einen großen Teil der Erwerbsbeschränkten bietet. In stärkstem Maße werden auch weibliche Arbeitskräfte wieder herangezogen werden. Auch die heute so schlechte Arbeitsmarktlage der älteren Angestellten wird sich voraussichtlich grundlegend ändern. Die aus dem geringen Angebot von Arbeitskräften sich ergebenden Folgen: Lohnsteigerungen, „Preisstregerungen“, „Warenknappheit“, Schwierigkeiten, Lieferfristen einzuhalten, sollen nur angebaut werden. Man wird allerdings auch berücksichtigen müssen, daß die fehlenden Arbeitskräfte zugleich auch als Verbraucher auscheiden. Die veränderte Arbeitsmarktlage wird auch nicht ohne Einfluß auf die machtpolitischen Verhältnisse zwischen den beiden Gegenspielern des Arbeitsverhältnisses bleiben. Man wird auch mit Auswirkungen auf das Kräfteverhältnis der politischen Parteien rechnen müssen.“

Bei diesem Zukunftsausblick wird man sich die Frage vorlegen müssen, was geschehen kann, um die für die Volkswirtschaft unerwünschten Folgen eines derartig starken Ausfalls an Produktivkräften zu mildern. Einer der ersten Vorschläge wird sein, die Grenzen für ausländische Arbeiter zu öffnen. Man wird aber vergeblich auf eine Entlastung durch das Ausland rechnen, da die europäischen Industrie-länder unter denselben Kriegsfolgen wie Deutschland leiden. Die Geburtenausfälle bei den Völkern, die am Kriege teilgenommen haben, weisen allerdings große Verschiedenheiten auf. Österreich, Ungarn, die Tschechoslowakei, Frankreich und Belgien haben noch stärkere Ausfälle als Deutschland erlitten. Aber das für den deutschen Arbeitsmarkt so wichtige Polen sind leider gar keine Zahlen bekannt. Großbritannien hingegen ist wesentlich günstiger gestellt als Deutschland. — Vielleicht bleiben die daraus sich ergebenden verschiedenen Arbeitsmarktverhältnisse in den europäischen Ländern auch nicht ohne Einfluß auf die Wettbewerbsverhältnisse auf dem Weltmarkt. — Bei dieser Sachlage gewinnt die auch in normalen Zeiten schon empfundene Pflicht, haushälterisch die vorhandenen Arbeitskräfte zu verwenden, verstärktes Gewicht. Man wird sich also doppelt bemühen müssen, jeden Arbeitnehmer an der Stelle zu verwenden, für die er sich am besten eignet. Berufsberatung und Eignungsprüfung gewinnen gesteigerte Bedeutung. Die wichtigste Frage wird aber die Facharbeiterfrage sein. Hier besteht eine wenigstens kleine Möglichkeit, die Entwicklung zu beeinflussen. Die Betriebe werden sich noch mehr als bisher bemühen müssen, ihren Facharbeiterstand möglichst zu erhalten. Für die ganze Volkswirtschaft ergibt sich vermehrt die Notwendigkeit, gegen den Anreiz zur Auswanderung ins Ausland Gegen-gewichte zu schaffen. Die allerwichtigste Aufgabe wird aber für alle Gewerbezeigte sein, in verstärktem Maße in den nächsten Jahren Facharbeiter heranzubilden.“

Dr. Strunden weist in weiteren Ausführungen darauf hin, daß zum Teil die drohenden Gefahren aus dem Geburtenausfall erkannt werden, daß aber in zahlreichen Wirtschaftszweigen in der Lehrlingsausbildung noch sehr

wiel zu tun sei. Er erkennt auch an, daß die Berufsverbände der Arbeiter auf dem Gebiete der Berufsausbildung Jugendliefer seit Jahren wertvolle Initiative ergriffen haben und daß ihre Mitwirkung bei der Regelung der Lehrlingsausbildung sich in verschiedenen Wirtschaftszweigen, besonders im Buchdruckgewerbe, als sehr fruchtbar erwiesen habe. Er erwartet von der bevorstehenden gesetzlichen Neu-regelung des Lehrlingswesens einen starken Antriebe auf die Heranbildung von Facharbeitern. Die vorstehend geschilderte voraussichtliche Entwicklung wird den Gewerkschaften Veranlassung geben, dem Problem der Berufsausbildung noch stärkere Beachtung zu schenken wie bisher. Sie werden sich dabei wenden müssen gegen jede einseitige, bestimmten Tendenzen dienende Ausbildung. Die Darstellungen Strundens beweisen erneut, daß mit den alten Methoden nicht weiterzukommen ist, daß die Bestimmungen der Gewerbeordnung überlebensfähig sind, daß vielmehr die Ausbildung der Jugendliefer eine Angelegenheit der Gesamtheit ist, an der vor allem die Arbeiterorganisationen gleichberechtigt zu beteiligen sind.

Wir müssen daher erwarten, daß diese Konsequenzen bei der bevorstehenden Neuordnung des Lehrlingswesens gezogen werden. Die Gewerkschaften waren und sind bereit, an der Lösung der seit langem brennenden Ausbildungsfragen mitzuarbeiten im Interesse der Wirtschaft und des Volksganges. R. Pl.

Buchgemeinschaften und Buchhandel

Wie schon unter „Rundschau“ der Nr. 29 des „Korr.“ berichtet wurde, ist in einer Klage der Deutschen Buchgemeinschaft gegen den Börsenverein vom Landgericht I Berlin verurteilt, der Deutschen Buchgemeinschaft den Schaden zu ersetzen, der ihr durch die Veröffentlichungen im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ und insbesondere durch die Boykottierung entstanden ist und entstehen wird. Ferner wird dem Börsenverein aufgegeben, es zu unterlassen, Schriftsteller, Zeitungsverleger, Buchdrucker usw. davor zu warnen, mit der Klägerin in Geschäftsverbindung zu treten und Verträge mit ihr abzuschließen, sowie ferner verboten, zu behaupten, die von der Deutschen Buchgemeinschaft herausgegebenen Bände seien im Buchhandel mindestens zu denselben Preisen erhältlich. Der Börsenverein ist verpflichtet, die an Zeitungen und andre Verleger, Buchdruckereien usw. ergangene Warnung vor dem Geschäftsverkehr mit der Klägerin durch Veröffentlichung im „Buchhändler-Börsenblatt“ an leitender Stelle des redaktionellen Teils zu widerrufen, die Klägerin von der schwarzen Liste abzugeben, die vorhandenen schwarzen Listen zu vernichten. Die Widerklage des Börsenvereins wird abgewiesen und ihm die Kosten des Rechtsstreits auferlegt. Ein entsprechendes Urteil des Landgerichts I ist auch in der Klage des Volksverbandes der Bücherfreunde gegen den Buchhändler-Börsenverein gefällt worden.

Die Vorgeschichte dieser Veröffentlichung ist in dem Urteil des Landgerichts Berlin in der Hauptklage treffend gekennzeichnet. Der Börsenverein versuchte einigen großen kapitalistischen Buchgemeinschaften gegenüber seine Monopolstellung im Buchhandel zu wahren. Diese wiederum waren nicht gewillt, sich bedingungslos einem Terror zu unterwerfen, und da eine gütliche Einigung unmöglich schien, ging man zum Kadi. Die Buchgemeinschaften gewannen den Prozeß, und damit war anerkannt, daß es kein Verbieten ist, billiger als der Buchhandel dem Leser Bücher zu übermitteln.

Man sich könnte dieser Streit der Arbeiterhaft gleichgültig sein, wenn nicht eine praktische Nutzenwendung daraus zu ziehen wäre. Jeder Werktätige sollte sich darüber klar sein, daß den proletarischen Buchgemeinschaften, nicht zuletzt unser Büchergehilfe Gutenberg, mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Als vor zwei Jahren der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker zur Selbsthilfe schritt und auf gemeinnütziger Grundlage unter Verzicht auf Gewinn eine Buchgemeinschaft gründete, geschah es aus der Erkenntnis heraus, daß mit einem guten Buch dem Arbeiter manche Feiertunde gegeben würde. Anerkennungen aus allen schaffenden Kreisen zeigten, daß der richtige Weg beschritten war. Unabhängig vom Börsenverein und allen bürgerlichen Buchgemeinschaften eroberten die Arbeiter für eine eigne Buchkultur. Die steigende Mitgliederzahl läßt erkennen, daß man den Wert dieses neuen Arbeiterunternehmens wohl begriffen hat. Und wenn aus dieser Erkenntnis heraus die Tatsache geboren wird, daß der Arbeiter nicht mehr seine Spargroßen dem Kapital in die Hände spielt, wenn er seine geistigen Bedürfnisse befriedigen will, dann ist das die rechte Nutzenwendung, die aus diesem Bücherkrieg gezogen wird. mr.

Korrespondenzen

Berlin. (Generalversammlung am 21. März.) Tagesordnung: 1. Bericht. 2. Beschlußfassung über die Anträge des Gaus Berlin zum Verbandstage. 3. Beschlußfassung über die Freier des 1. Mai. 4. Antrag der Arbeitskollegen betreffend Mitunterstützung. Zu Punkt 1 referierte Kollege B r a u n. Das zu Ende gehende Vierteljahr war eines der kampferfährtesten, hervorgerufen durch den von den Prinzipalen inszenierten Lohnabbau und die mit allen Mitteln betriebene Ausnutzung der Lehrlingsausfälle. Waren im Jahre 1924 582 Lehrlinge zur Einstellung gelangt, so erhöhte sich die Ziffer im vergangenen Jahre auf 800 und

dürfte in diesem Jahre noch eine weitere Steigerung erfahren. Diese als wenig gelund zu bezeichnende, über den Bedarf hinausgehende starke Vermehrung des Nachwuchses gab mit Anlaß zur Erregung der Kollegen angesichts der hohen Arbeitslosenziffer im Berliner Gau. Diese wirtschaftliche Not glaubte die Prinzipalität als geeignetes Druckmittel auf die Arbeitslosen auszuüben, um den geplanten Lohnabbau zu bewerkstelligen. Die Arbeitslosen erklärten sich jedoch in einer Arbeitslosenversammlung mit den im Betriebe befindlichen Kollegen solidarisch und ließen sich trotz Anpreisung bei der Erwerbslosenziffer zwecks Entziehung der Unterstützung von ihrem Widerstande nicht abbringen. Sie lehnten jede Zustimmung, sich als Lohnrücker mißbrauchen zu lassen, ab. Der Vorstoß der Prinzipale hatte daher einen äußerst geringen Erfolg. Den Mitzum hierüber bringt auch der Jahresbericht der Berliner Prinzipalität scharf zum Ausdruck in dem Satz: „Daß eine stark rückwärts gehende Konjunktur, die die erlängten Hochkonjunkturlöhne nicht mehr tragen kann, eine Einmütigkeit des Willens in der Unternehmenschaft nicht gefunden hat, das Lohnniveau der Rentabilität der Betriebe wieder anzupassen, ist eine ersaunliche, aber leider nicht wegzuleugnende Tatsache.“ Die Zahl der Arbeitslosen hat nunmehr die Höhe von 1316 erreicht. Es sei die Pflicht der Kollegen, sich bei den Überfluten die größte Reserve aufzuerlegen. Der Besuch des Verbandstages soll sobald als tunlich beschleunigt erfolgen. Zum Punkt 2 referierte Kollege **P i e t s c h**. Zu den von Berlin eingereichten 28 Anträgen haben die elf Bezirksversammlungen bereits Stellung genommen, deren Votum vorliegt. Redner präziserte die Stellungnahme des Vorstandes und ersuchte um Zustimmung zu den gemachten Vorschlägen. Nach dem ausgetauschten Firt und Wider erbraute die Abstimmung gegen einige wenige Stimmen, zum Teil sogar einstimmig, die Annahme der vom Referenten gemachten Vorschläge. Den dritten Punkt (Maifeier) behandelte wiederum Kollege **B r a u n**. Redner ventilizierte die Frage auf Grund der bisherigen Erfahrungen bei der Maifeier, die eine präzisere Stellungnahme vermissen ließ und insofern eine große Unzufriedenheit bei der gesamten Kollegenschaft ausgelöst hat. Um diesem Zustande ein Ende zu bereiten, wurde die bereits im vorigen Jahre ins Auge gefaßte Urabstimmung vorgenommen, deren Ergebnis ein ziemlich einseitiges Resultat ergab. Es beteiligten sich 82 Proz. der Kollegenschaft an der Abstimmung, wobei 75 Proz. für strikte Arbeitsruhe votierten. Das mitgeteilte Resultat löste großen Beifall aus, und unter Verzicht auf jede Diskussion beschloß die Versammlung einstimmig, die diesjährige Maifeier durch strikte Arbeitsruhe zu begehen. Die Arbeitsruhe wird von Sonnabend früh 6 Uhr bis zum Sonntag früh 6 Uhr dauern. Den Arbeitslosen und Invaliden wird, unter Voraussetzung ihrer Beteiligung, ein Gehrgeld von 3 M. bewilligt. Den letzten Punkt betr. Antrag der Arbeitslosen über Bewilligung einer Mietunterstützung behandelte Kollege **S c h l e f f e r**. Nach eingehenden Darlegungen über die Kosten- und Deckungsfrage entschied sich die Versammlung dahin, daß von der Erhebung eines Extrabeitrages Abstand zu nehmen ist und die erforderliche Summe für die Mietunterstützung für März, April, Mai die Gattlage zu übernehmen hat. Ausgespaßt werden in jeder letzten Woche eines Monats 20 M. an alle die Kollegen, die drei Wochen arbeitslos sind und mindestens 52 Beiträge im Gau geleistet haben.

Frankfurt a. d. O. Am 13. und 14. März feierte unser Bezirks- und Ortsverein das 50 jährige Bestehen. Aus diesem Grunde wurde gleichzeitig eine Vertrauensmännerung und eine Bezirksversammlung abgehalten. Erstere war durch Delegierte von 17 Orten besetzt, 6 waren nicht vertreten. Sie begann am Sonnabend, nachmittags 4 1/2 Uhr. Die Berichterstattung aus den einzelnen Orten nahm die weitaus längste Zeit in Anspruch, förderte sie doch manch gutes aber leider auch manch gerade nicht lobenswertes Bild aus dem etwa 600 Mitglieder umfassenden Bezirk zutage. Jedoch dürfte durch diese Aussprache manche Unklarheit aus dem Wege geräumt und für die organisatorische und tarifliche Betätigung der Mitglieder ein neuer Ansporn gegeben sein. Nach Erledigung der weiteren Tagesordnung, die auch einen Streit zwischen den Frankfurter Kollegen aus der Welt schaffte, begann am Abend gegen 8 1/2 Uhr der Festkommers. Durch Heranziehung von namhaften Künstlern und Künstlerinnen hatten es beide Vorstände verstanden, diesem Abend ein festliches Gepräge zu verleihen. Der Gesangverein „Typographia“ trug seinerseits mit einigen Gesangsvorträgen zur Verschönerung des Abends bei. Der festlich geschmückte große Saal des „Schützenhauses“ vereinte etwa 800 Festteilnehmer. Kollege **T e s c h n e r** (Frankfurt a. d. O.) begrüßte die Erschienenen im Namen beider Vorstände und dankte in kurzen Worten für das Interesse der Arbeiterchaft an unserer Jubiläumstagung. Gegen 1 Uhr nachts erreichte diese vom traditionellen alten Buchdruckergeist getragene Veranstaltung ihr Ende. In den frühen Morgenstunden des 14. März brachte das Dampfrohr die bisher noch nicht erschienenen Kollegen zum Wortort des Bezirks. Nach persönlichen Begrüßungen und Auffrischung alter Bekanntschaft setzte man sich gegen Mittag zur Festtafel nieder. In der darauf folgenden Bezirksversammlung, die vom Kollegen **F e l l e n b e r g** (Frankfurt a. d. O.) geleitet wurde, gab u. a. Kollege **H. W i l l e r** den Kassenbericht und streifte gleichzeitig die Entwicklung des Bezirks im verfloffenen Jahre. Ihm wurde für seine für die Organisation geleistete Arbeit Entlastung erteilt. Nach Festlegung der Jahrgeldentlastung und Wahl des Ortes für den nächsten Bezirksstag, zu dem Randsberg a. d. W. einstimmig gewählt wurde, konnte die Versammlung geschlossen werden und die eigentliche Festversammlung beginnen. Es hatte sich dazu eine große Anzahl von Gästen eingefunden. Ein Festmarsch leitete die Feier ein, worauf Kollege **O t t o F i e d l e r** (Berlin) die Festrede hielt. Er überbrachte zunächst die Glückwünsche des Verbandsvorstandes und entwickelte in einstudierter Rede ein anschauliches Bild vom Aufstieg unserer Organisation im allgemeinen und der Entwicklung des Bezirks und Ortes Frankfurt im besonderen. In vorzüglicher Art verstand er es, die einzelnen Perioden des verfloffenen Zeitabschnittes den Zuhörenden ins Ge-

dächtnis zurückzurufen. Gar manchen Kollegen und besonders vielen aus den Reihen der 38 Verbandsjubilare, die der Bezirk zählt, mochten diese Ausführungen ein Stück eigener Lebensarbeit vor Augen führen. Redner gedachte zum Schluß noch der Frauen, die ihrerseits an der Organisationsarbeit, die vor allen Dingen die Funktionäre des Verbandes leisten, reichen Anteil nehmen durch Entbehrungen familiärer Art. Diese Arbeit sei aber notwendig, denn sie beeinflusse stark das Schicksal der eigenen Familie. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine Ausführungen. Kollege **R e i n k e** (Stettin) begrüßte im Namen des Gauvorstandes den Bezirk und Ort und überreichte als Angebinde einen Gong. Des weiteren ließ unter entsprechenden Wünschen der Bezirk Potsdam einen Bokal überreichen. Der Bezirk Kottbus stiftete ein Diplom, ebenso die sämtlichen Ortsvereine und Mitgliedschaften des Bezirks zusammen. Glückwunschtelegamme und -schreiben gingen ein von den Bezirken Eberswalde, Neuruppin und Greifswald. Durch ihre Vorstehenden vertreten waren die Bezirke Stargard und Stettin sowie Potsdam; durch den Kassierer Kottbus. Die Kollegen **F e l l e n b e r g** und **B o e l c k** dankten im Namen der Jubelvereine für diese Aufmerksamkeiten. Gesangs- und Musikvorträge erhöhten die Festsitimmung und ließen jedem Festteilnehmer die Alltagsorgen für einige Stunden vergessen. Im Anschluß an die Festversammlung trat dann der Tanz in seine Rechte, der die Teilnehmer, sofern sie nicht gezwungen waren, mit der Bahn fortzuführen zu müssen, bis nach Mitternacht zusammenhielt. Und nun heißt es wieder vorwärtsstreben, der Zukunft entgegen. Allen denen, die zur Verschönerung dieses Festes beitrugen und besonders für die künstlerische Ausgestaltung der Festdrucksachen ihr Bestes hergaben, an dieser Stelle nochmals unser besten Dank.

Hindenburg (Oberhsl.). Unsere Versammlung am 20. März beschloß nach einigen unwesentlichen Änderungen den Druck des vorliegenden Statutenentwurfs. Die eingereichten Anträge der einzelnen Ortsvereine zum Gaultage riefen eine längere Debatte hervor. Ebenso erweckten die ausgestellten Hamburger Drucksachen, die uns der dortige Kreisleiter des Bildungsverbandes bereitwillig zur Verfügung gestellt hatte, das lebhafteste Interesse der Kollegen. Tags darauf, den 21. März, beschäftigte der Ortsverein fast vollständig und unter Hinzuziehung der Lehrlingsabteilung die Offsetdrucker in Gleiwitz. Herrn Geschäftsführer Kürzel für seine Bemühungen und interessanten Erläuterungen auch an dieser Stelle unser besten Dank.

Kassel. In unserer Versammlung am 13. März, die von über 300 Mitgliedern besucht war, gedachte man ehrend unsres verstorbenen Gaukassierers Reus. Eine besondere Ehre wurde dem Kollegen **W o l f r a m** Pape, der auf eine 40jährige Mitgliedschaft zurückblicken konnte, zuteil. Bezüglich der diesjährigen Maifeier wurde beschloffen, den Ortsausfluß des GOWB. zu erlöchen, in Berücksichtigung der unangünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse diesmal von einer Arbeitsruhe abzusehen. Der Tagesordnungspunkt „Anträge zum Verbandstag“ brachte unter andern Anträgen den Wunsch zum Ausdruck, die Unterstützungsätze im allgemeinen, die Invalidenunterstützungsätze aber im besonderen zu erhöhen. Einem im Februar beschlossenen Antrag, gemäß wurde ab 1. Februar ein Extrabeitrag von 50 Pf. erhoben zwecks erhöhter Unterstützung unsrer arbeitslosen Kollegen in Kassel. Die heutige Versammlung gab dem Vorstand die Ermächtigung, den Extrabeitrag beizubehalten, bis eine Besserung der gewerblichen Verhältnisse eingetreten sei. Für den Monat Februar konnte an verheiratete Kollegen 20 M., an ledige Kollegen 15 M. Extraträufung ausgesetzt werden. Einem Antrag, auch die Invaliden am Orte bei dieser Extraträufung zu berücksichtigen, konnte selber aus berechtigter angeführten Gründen nicht entsprochen werden. Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Unterstützungsätze im allgemeinen auf dem Verbandstag eine merkliche Erhöhung erfahren. Zum Gaultag wurden 12 Kollegen zur Wahl gestellt, von den sieben zu wählen sind. Die zur Vereifung gekommene Statutenänderung wurde nach Abstimmung über die einzelnen Paragraphen mit einigen Zusätzen und Änderungen angenommen. Die Feier des 50jährigen Verbandsjubiläums wird in Kassel, verbunden mit dem Johannisfest, am 3. und 4. Juli in Gemeinschaft mit dem Bezirksort begeben. Ein Vorschlag des Vorstandes, hierzu drei Extrabeiträge von je 50 Pf. zu erheben, fand einstimmige Annahme. Der Punkt „Beschließendes“ brachte noch einige interne Angelegenheiten. — Ein gemütliches Beisammensein mit den aus den Bezirksorten erschienenen Kollegen vereinte uns noch einige Stunden.

Mülheim (Ruhr). Trotzdem die Februarversammlung ausgefallen war, hielt es die Mehrzahl der Kollegen nicht der Mühe wert, die Versammlung am 13. März zu besuchen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Vorsitzender **B o r n i s h e** in ehrenden Worten zweier verstorbenen Kollegen, die beide viel zu jung von uns scheiden mußten. Die Aussprache über den Tagesordnungspunkt „Anträge zum Verbandstag“ wurde dahin zusammengefaßt, den Verbandstag zu erlöchen, die Unterstützungsätze in allen Zweigen zu erhöhen. Besonders aber erst die ausgesetzten, die bei Einzahlung und Erhaltung unsres Tarifs dienen. Dem Kollegenverein „Typographia“ wurden 60 M. bewilligt, um ihm die Teilnahme am Buchdruckerfesttag in Barmen zu erleichtern. Leider stehen auch hier noch eine Reihe stimmgebender Kollegen abseits. Dann besaßte sich die Versammlung in eingehender Weise mit den Verhältnissen der Firma **Z u l. B a g e l**, Graphische Gesellschaft. Nachdem die Firma in den Stinneskonzern übergegangen war und der neue Leiter, Herr Direktor **W o n s e**, seinen Einzug gehalten, zog auch ein „neuer Geist“ in die Druckerei ein. Der Betrieb mußte doch rationell arbeitend ausgebaut werden, und da fängt man, um Erparnisse zu machen, gewöhnlich bei den Arbeitern an. So auch hier. Einigen älteren Arbeitern, die durch einen Hausvertrag einige Tage überlatrische Ferien hatten, wurden diese entzogen. Eine Klage vor dem Gewerbegericht wurde zugunsten der Firma entschieden. Dann wollte man auch im Lohnabbau ändern nicht nachsehen, und kürzte einigen Kollegen die Abrechnungsbuchzahlung.

Besonders groß war der Wechsel, der reinste Taubenschlag war die Firma im letzten Jahre. Trotz Arbeitsüberhäufung (Aberstunden) entließ man Kollegen unter nichtsagenden Gründen. Die Firma war in ihrer Art auch großzügig, einem Kollegen wurden 26 Pf. wegen einiger Minuten Zuspätkommens abgezogen. Ein Kollege wurde fristlos entlassen, weil er überarbeitete, die ihm erst beim Händewaschen nach Feierabend mitgeteilt wurde, absieht. Als der Kollege am andern Morgen seine Arbeit aufnehmen wollte, wurde er fristlos entlassen. Dieser Fall bejaßte natürlich das Gewerbegericht. Persönliche Verhandlungen des Ortsvorstehenden **B o r n i s h e** in Verbindung mit dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung hatten keinen Erfolg. Herr **W o n s e** vertritt einen ausgeprochenen Herrenstandpunkt und hat auch ein besonderes Rechtsempfinden. Einen Teil Schuld tragen allerdings die Kollegen dort selbst. Es finden sich wenige, die, wenn es nötig ist, grade stehen. Der Wunsch aller Diskussionsredner ging dahin, alles zu versuchen, damit die Bäume des Herrn **W o n s e** nicht in den Himmel wachsen. Bei Konditionsangeboten sind unbedingt Anfragen beim Gauvorstand in Köln einzuschiefen.

Horsheim. (D u r e r.) Unsere Generalversammlung am 16. März war mäßig besucht. Vorsitzender **S c h r o t h** ließ in seinem Jahresbericht die Vorkommnisse des verfloffenen Jahres Revue passieren. Der Mitgliederstand betrug 27 bei 32 hier beschäftigten Druckern. Wie von manchen Prinzipalen uns in unserm Bestreben, die Druckerei weiterzubilden, unter die Arme gegriffen wird, mag folgender Fall illustrieren, der der Öffentlichkeit unterbreitet zu werden verdient. Zu unserm Kurzus benötigten wir ein Lokal. Zwei Kollegen von der Firma **B e r g g ö t t** erbaten sich, den Kurzus zu leiten, und zwar in der Druckerei, wo sie beschäftigt sind. Der Vorsitzende nahm mit dem Druckereibesitzer Rücksprache und mußte leider eine glatte Wblage erfahren. Der Grund der Ablehnung wurde von dem Prinzipal damit begründet, daß er seine Druckerei nicht für eine Sache zur Verfügung stelle, damit die Leute, die den Kurzus mitmachen, ihn in den Druckereien, wo sie beschäftigt, Konkurrenz machen könnten. Auf die Gegenantwort, daß der Kurzus trotzdem in einer andern Druckerei stattfinden, und zwar unter Leitung der beiden Kollegen, die bei ihm beschäftigt sind, meinte der Prinzipal, daß er sich das erst noch überlegen müsse. Es ist ein Glück, daß es derartige Prinzipale nicht viele gibt, sonst wären wir Gehilfen gezwungen, den Spieß umzudrehen und die Anleitung der Lehrlinge zu verweigern, da diese uns später nur Konkurrenz machen. Der Kurzus wurde doch durchgeführt, und zwar in der Druckerei des „Horsheimer Anzeigers“. Die Farben hierzu stellte uns die Farbenfabrik **H o f m a n n** (Celle), die Klischees die hiesige Kunstanstalt von **W e s t e** & **M ü l l e r** in dankenswerter Weise zur Verfügung. Beiden Firmen unsern herzlichsten Dank. Unser Verein wird am 8. Mai die Frankfurter Schnellpressenfabrik beschäftigen, die Kollegen der umliegenden Druckorte sind hierzu freundschaftlich eingeladen.

St. Pflaun i. S. Unsere diesjährige erste Bezirksversammlung fand am 21. März hier statt. Etwa 230 Kollegen aus den Bezirksorten waren anwesend, auch viele Jungbuchdrucker. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Vorsitzender **R e i c h e r t** der verstorbenen Kollegen **M e n d e** (Greiz) in ehrenden Worten; 41 Jahre bewährte der Verstorbenen dem Verband vorbildliche Treue. Seit Andenten wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt. Nun hielt Verwaltungsdirektor **T o n n** von der Chemnitzer Ortskrankenkasse einen Vortrag über „Bleierkrankungen“. Nahezu zwei Stunden sprach **Redner** unter besonderer Beleuchtung der Gefahren der Bleierkrankung in unserm Berufe für den einzelnen über das Thema. Wie notwendig ein solcher zeitgemäßer Vortrag war, der durch äußerst gelungene Lichtbilder leicht verständlich gemacht wurde, zeigte die große Aufmerksamkeit und der reiche Beifall. Gauvorsteher **D e r t e l** ermahnte die anwesenden Kollegen, in den Betrieben genau auf die Durchführung der Vorschriften über die Verhütung von Unfällen und die sanitären Einrichtungen zu wachen. Anschließend wurden die eingereichten Anträge zum Verbandstag, außer zwei, angenommen und Kollege **K o b e r** (Pflaun) einstimmig als Delegierter vorgeschlagen. Zum Schluß wurden den Kollegen noch die Einzelheiten zur Ausgestaltung der Feier des 50jährigen Verbandsjubiläums, das als Bezirksjohannisfest gemeinsam in würdiger Weise am 4. Juli im „Schillergarten“ zu Pflaun gefeiert wird, mitgeteilt.

Reichenbach i. Schl. Der Ortsverein Reichenbachs-Langensielau hielt am 20. März hier eine Versammlung ab, die von 31 Kollegen besucht war. Vorsitzender **F u l d e** eröffnete die Versammlung und begrüßte besonders Herrn Bürgermeister **S c h ö n w ä l d e r**, der zu einem Vortrag gewonnen worden war. Nach Erledigung einiger Punkte der Tagesordnung nahm jener das Wort zu seinem Vortrage „Die Reichsverfassung“. In überaus verständlicher Weise sprach er über die wichtigsten Bestimmungen. Der Redner fand aufmerksame Hörer und konnte unter Beifall seine Ausführungen beenden. Unserm Ortsverein gehören gegenwärtig 48 Kollegen an (Reichenbach 33, Langensielau 15), es ist dies die Höchstzahl seit seinem 23jährigen Bestehen. Mit einem Appell an die Kollegen, die nächsten Versammlungen, die sehr interessant zu werden versprechen, recht zahlreich zu besuchen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Schweinfurt. Am 21. März fand hier unsere Bezirksversammlung am 16. März statt, die einen zahlreichen Besuch, insbesondere von den auswärtigen Kollegen, aufweisen konnte. Kollege **B e r t** (Würzburg) hielt hierbei einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Gewerkschaftliche Feilsachen“. Kollege **B r u n n** (Schweinfurt) wurde zum Bezirksvorsitzenden gewählt. Wie aus den Berichten der Kollegen aus den Bezirksorten Gerolshofen, Hofjurt, Hofheim, Kissingen, Mimmestadt, Neustadt a. o. S. und Schweinfurt zu entnehmen war, sind die tariflichen Verhältnisse daselbst zufriedenstellend.

Wernigerode. (G a t a b e t r e f f e n d.) Die Wernigeröder Kollegen bedankten sich, ihren Gästen bzw. deren Angehörigen, die Pfingsten an der 60jährigen Verbandsjubiläumfeier teilnehmen wollten, Sonderwagen der

Harzquerbahn zu Harzausfügen zur Verfügung zu stellen. Die Direktion der Bahn ist uns in dankenswerter Weise entgegengekommen und will auch die Preise bei dieser Gelegenheit herabsetzen. Die von uns geplante Maßnahme ist deshalb getroffen worden, weil zu Pfingsten mit einem gewaltigen Fremdenverkehr zu rechnen ist. Die Interessenten wollen ihre Meldung möglichst umgehend an Kollegen August Clemen in Bernigerode a. Harz, Mittelstraße 8, richten.

Wittenberg. Anfreidiesjährige Frühjahrsbezirksversammlung, die am 14. März hier stattfand, fand unter dem Zeichen einer gemeinsamen Verammlung der beiden Bezirke Dessau und Wittenberg. Der Besuch war überaus zahlreich, denn von 750 Kollegen im Bezirk waren 470 Kollegen anwesend. Vor Eröffnung der Versammlung trachteten die beiden Gesangsvereine Torgau-Wittenberg das kraftvolle Lied „Ich warte Dein“ zu Gehör. Alsdann eröffnete Bezirksleiter Jungbluth (Wittenberg) die Versammlung und ließ die erschienenen Kollegen herzlich willkommen. Aus den Situationsberichten der einzelnen Ortsvereine sei bemerkt, daß überall tarifliche Verhältnisse herrschen. Sodann referierte Kollege König (Halle) über „Die Lage im Gewerbe“. In fast einfindigen Vortrag stellte er die Kollegen bis zum letzten Augenblick, was auch durch den gestolten Beifall zum Ausdruck kam. Des weiteren wurden die gestellten Anträge zum Gantag und zum Verbandstag durch beraten und gutgeheißen, ebenfalls die Aufstellung der Delegierten zum Gantag vorgenommen. Es wurden noch einige interne Angelegenheiten des Bezirks besprochen. — Im Anschluß an die Versammlung fand noch ein gemütliches Kränzchen statt, das in bester harmonischer und kollegialer Weise verlief und allen Kollegen in Erinnerung bleiben wird.

Zwidau. Am 14. März fand hier unsere Bezirksversammlung statt; sie war gut besucht. Kollege Rasser erstattete einen kurzen Bericht vom vergangenen Jahr und streifte sodann den kommenden Verbandstag. Hierzu wurden drei Anträge gestellt. Als Kandidaten zum Verbandstag wurden je ein Kollege aus Zwidau und Tue aufgestellt. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete der Vortrag des Herrn Verwaltungsdirektors Thon (Chemnitz) über „Berufskrankheiten in der chemischen und sonstigen Industrie, speziell die Bleierkrankungen in unserm Gewerbe, und die Stellungnahme der Unfallversicherungsvereine hierzu“. Der Vortrag war mit Lichtbildern reichlich durchsetzt und wirkte überaus belehrend. Der Vortragende erntete lebhaften Beifall für seine zweistündigen Ausführungen. Ferner wurde noch beschlossen, das 60jährige Jubiläum in Zwidau im Juli durch ein gemeinsames Bezirksfest mit vorhergehendem Bericht vom Verbandstag abzuhalten. Unter „Berücksichtigung und Tariflichem“ wurden einige örtliche Angelegenheiten erledigt. — Am Vormittag war erst eine Ortsvorsitzendenkonferenz, die die ganze Kleinarbeit meisterte. In der Mittagspause bot der Bildungsverband Zwidau eine Ausstellung von Entwürfen aus dem Kursus für Schriftschreibern ufm. Alles in allem gesagt: Eine wohlgeleitete Bezirksversammlung.

Allgemeine Rundschau

Nachnahmewertes Beispiel. Der Ortsgruppe Zittau des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker wurde in Anerkennung ihrer Bildungsbetreibungen von den Inhabern der „Zittauer Morgenzeitung“ anlässlich des 50jährigen Jubiläums dieser Zeitung ein ansehnlicher Geldbetrag überreicht.

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer Augsburg haben die Kollegen Christian Dörner aus Nürnberg und Albert Stratay aus Reimsingen die Meisterprüfung für das Buchdruckgewerbe mit der Note „Sehr gut“ bestanden.

Schiffenprüfung. An der Seifenkürschner Gewerkschule (Buchdruckfachklassen) unterzogen sich acht Geher und zwei Drucker der Prüfung. Davon erhielten zwei Geher die Note „Gut“, vier „Im ganzen gut“, zwei „Genügend“; von den Druckern einer „Gut“, der zweite „Im ganzen gut“.

Aus alter Zeit. Ein Berliner Kollege übermittelte uns ein handgeschriebenes Dokument aus dem Jahre 1848. Das Maurer- und Zimmergewerk von Charlottenburg läßt darin einmal zu einer großen Volksversammlung am 30. April 1848 in Wahlsangelegenheiten und zum zweiten sämtliche Gewerke zwecks einer Beratung über die Vertretung der Gewerksinteressen zum 28. April ein. Für uns Buchdrucker hat dieser primitive, geschriebene Versammlungszettel ein besonderes Interesse. Ein Nachsatz unterzeichnet „Der Redakteur“, kündigt nämlich an, daß wahrscheinlich am Sonnabend, dem 29. April 1848, keine Zeitung erscheinen könne, „wegen der am Donnerstag und Freitag stattfindenden Beratung der Buchdrucker und Schriftsetzer zur Regelung ihrer Gewerksinteressen“. Die jegliche Nummer werde dafür in doppelter Umfang erscheinen; „sollten es aber die Umstände noch erlauben, so wird Sonntag oder am Montag, dem 1. Mai, ein Extrablatt herauskommen.“ Gemeint ist hier die „Deutsche Arbeiterzeitung“ und unter der betonten Beratung der Buchdrucker und Schriftsetzer ist etwas mehr zu verstehen, nämlich der am 27. April 1848 beschlossene Generalsstreik der Berliner Buchdrucker wegen Verweigerung der von der Gewerkschaft gestellten Forderungen. Das Prinzipalskomitee hatte deren Ablehnung auch mit dem nachstehenden Satze „begründet“: „Kein Arbeiter, kein Arbeitgeber kann zu einem bestimmten Lohn gezwungen werden, sondern dieser muß aus ihrem freien Willenskontrakte hervorgehen.“ Wegen des Buchdruckerstreiks konnte also keine Zeitung erscheinen in Berlin. Das Gebaren der Prinzipalität wurde dann unter Stephan Borns Führung durch Blakate an den Ausschlagenden gekennzeichnet. Am 1. Mai tagte wieder eine allgemeine Buchdruckerversammlung, in der es dem von der Prinzipalität angerufenen Berliner Magistrat durch einen entstandenen Vertreter gelang, die Wiederaufnahme der Arbeit zu erreichen, nachdem bestimmte Zusicherungen gegeben waren, die von einem Teile der Prinzipale aber nachher nicht respektiert wurden.

Die Spartentongresse. Wie den früheren Tagungen unseres Verbandsparlaments, werden auch dem diesjährigen Verbandstag, der Montag, den 21. Juni, in Berlin stattfindet, Spartentongresse der Korrektoren, der Maschinensetzer, der Drucker sowie der Stereotypen- und Galvanoplastiker unmittelbar vorausgehen. Alle diese Kongresse finden am 18. und 19. Juni in verschiedenen Sälen des Berliner „Gewerkschaftshauses“ statt. Der Sechste deutsche Korrektorentag wird von 19 Delegierten besucht sein. Als vorläufige Tagesordnung sind folgende Punkte von der Zentralkommission aufgestellt worden: 1. Tätigkeitsbericht der Zentralkommission, erstattet vom Vorsitzenden (Aussprache, Anträge); 2. Kassenbericht des Geldwarts (Aussprache, Anträge); 3. Entlastung der Zentralkommission und Neuwahl (Vorschläge satzungsgemäß durch den Berliner Korrektorenverein); 4. Organisatorisches (Aussprache, Anträge); 5. Bericht über die „Sachmittlungen für die deutschen Korrektoren“ durch den Schriftleiter (Aussprache, Anträge); 6. Tarifliches (Aussprache, Anträge); 7. Verschiedenes. — Die Tagesordnung des Fünften deutschen Maschinensetzerkongresses, aus 52 Delegierten bestehend, umfaßt folgende Punkte: 1. Geschäftsberichte a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers, c) Anträge; 2. Maschinenlehrer (Schulen a) Referat der Kollegen Leber, b) Anträge; 3. Tarifliches, Referat Kollege Kreschmer, h) Anträge; 4. Technisches, Referat Kollege Höhne; 5. Sonstige Anträge. 6. Verschiedenes. — Der Achte deutsche Druckerkongress hat folgende Tagesordnung aufzuweisen: 1. Geschäfts- und Kassenbericht; 2. Internationale Arbeitersgemeinschaft; 3. Organisationsfragen; 4. Tarifliches; 5. Technisches: Offset, Tiefdruck, „Der Drucker“; 6. Vortrag; 7. Beibehaltung der Zentralkommission. Nominierungen. 8. Verschiedenes. Auf Grund der Mitgliederzahl am 31. März kommen 33 Delegierte in Betracht. — Der Achte Kongress der Stereotypen- und Galvanoplastiker Deutschlands wird sich aus 24 Delegierten zusammensetzen und folgende Tagesordnungspunkte zu erledigen haben: 1. Geschäfts- und Kassenbericht; 2. Organisatorisches; 3. Tarifliches; 4. Technische Mitteilungen, Blei und Kupfer; 5. Wahl der Zentralkommission; 6. Verschiedenes.

Preußische Staatsdrucker. Wie aus einer kürzlich erfolgten Eintragung im Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Mitte hervorgeht, hat der preussische Staat eine Preussische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Berlin gegründet, die ein Aktienkapital von 600 000 M. besitzt und die Norddeutsche Druckerei und Verlags-Aktiengesellschaft übernimmt. Die letztere Gesellschaft verlegt den amtlichen „Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger“ und die zum früheren Stinnes-Besitz gehörende „Deutsche Allgemeine Zeitung“. Wie Ministerpräsident Braun unlängst im Preussischen Landtag erklärte, soll die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ nicht in die Hände der neuen Gesellschaft, sondern an einen andern Eigentümer übergehen.

Schadenersatzklage wegen mangelnder Anleitungsbezugnis von Lehrlingen. Aber ein bemerkenswertes Landgerichtsurteil berichtete der „Rostocker Anzeiger“ in seiner Nummer vom 23. April folgendes: Ein Lehrling war von einem Lehrherrn in Arbeit genommen, der noch nicht die Berechtigung erlangt hatte, Lehrlinge zu halten. Die Lehrlingszeit dauerte fast vier Jahre, die „Zeit des Lehrlerns“ betrug nahe ein Jahr. Hierfür verlangte der Vater des Lehrlings als Schadenersatz u. a. 500 M. nebst Zinsen. Das Amtsgericht verurteilte daraufhin auch den Lehrherrn. Die hiergegen eingelegte Berufung wurde verworfen. Der Kläger stützte seinen Anspruch auf ein schuldhaftes Verhalten des Beklagten beim Abschluß des Lehrvertrages, nämlich darauf, daß der Beklagte ihn als Lehrling angenommen habe, obwohl er damals noch gar keine Befugnis dazu gehabt habe. Der Beklagte war erst vom vollendeten 24. Lebensjahre an zur Anleitung von Lehrlingen befugt (§ 129 der Gewerbeordnung), und die frühere Zeit, die der Kläger bei dem Beklagten als Lehrling tätig war, ist auf die Lehrlingszeit des Klägers nicht anrechnungsfähig. Dem Kläger sind daher 3/4 Jahre verloren gegangen, für die er den Schadenersatz auf 500 M. festsetzte. Da gegen diese Schadenersatzklage begründete Einwendungen nicht erhoben und auch nicht erklährt waren, so wurden dem Kläger mit Recht 500 M. zugesprochen. Der Beklagte selbst machte geltend, wie aus den Entscheidungsründen des Landgerichts hervorgeht, daß er bei Abschluß des Lehrvertrages erklärt habe, daß er keine Meisterprüfung noch machen, daß er aber die Befugnis erhalten werde, Lehrlinge zu halten, und daß er auch dafür sorgen wolle, daß der Kläger seine Gesellenprüfung ablegen könne. Der Beklagte hat hiernach gewiß, daß er bei Abschluß des Lehrvertrages noch nicht berechtigt war, Lehrlinge anzunehmen und auszubilden. Wenn er dies gleichwohl tat, so übernahm er damit die Gewähr, daß aus seiner mangelnden Berechtigung dem Lehrling kein Schaden entstünde. Da dieser Schaden trotzdem eingetreten ist, hat der Beklagte ihn schuldhaft verursacht und ist nach § 328 Absatz 2 BGB. wegen Verstoßes gegen ein den Schutz eines andern bezweckendes Gesetz (§ 129 Gewerbeordnung) dem Kläger Schadenersatzpflichtig. Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist zur Anleitung von Lehrlingen nur befugt, wer 24 Jahre alt ist und die Meisterprüfung bestanden hat. Ferner solche Personen, die vor dem 1. Oktober 1879 geboren sind und denen nachweislich die Anleitungsbezugnis verliehen worden ist.

Das Märchen von den 60 000 Gewerkschaftsangehörigen. Die „Gewerkschaftszeitung“ nahm erst kürzlich Gelegenheit, die falsche Behauptung zurückzuweisen, daß die Gewerkschaften 60 000 Angehörige besäßen. In Wirklichkeit besäßen die freien Gewerkschaften einschließlich aller Hilfskräfte nur 4500 Personen. Die andern Gewerkschaftsrichtungen mit einbezogen kommen höchstens 5500 Personen in Frage. Weil in letzter Zeit nicht nur die Unternehmensepreisen, sondern besonders auch die sogenannten Wirtschaftsfriedlichen (Gelben) dieses Märchen erneut aufzuzischen, ist es vielleicht zweckmäßig, noch einmal an den Ursprung dieser Behauptung zu erinnern. In den Jahren 1921/22, nach Einführung des Betriebsrätegesetzes, wurde jene Behauptung zuerst von arbeiterfeindlicher Seite aufgestellt. Damals führte man die Gewerkschaftsangehörigen und alle Betriebsräte als freigelegte „Gewerkschafts-

funktionäre“ auf. Nach den Wahlvorschriften und der Zahl der Arbeiter in Deutschland kann man mit etwa 50 000 Betriebsräten im ganzen Reiche rechnen. Zählt man die 5500 Angehörigen hinzu, dann sind die Jagenhaften 60 000 bald erreicht. Das ist der Ursprung des Märchens, das von Gelben und sonstigen Feinden der Arbeiterbewegung immer von neuem erzählt wird.

Patentschau

Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav Weber, Hamburg, Hohenwall 8, welcher den Lesern unseres Blattes Kunst und Rat in allen Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes sowie der Bewertung von Schutztiteln kostenlos erteilt.

Patentanmeldungen

(berechtigt ist im „Patentblatt“ vom 8. April 1926):
M. 156 S. 103 100 Paul Gg. Hohenburg, „Verfahren zur Herstellung von Druckformen durch Indur.“
M. 156 S. 20 314 Westfälische Maschinenfabrik A.-G., Muench, „Antriebsvorrichtung für Rollensdruckermaschinen“.

Gebrauchsmuster:

M. 156 943 943 Schnellpressenfabrik A.-G., Geldersberg, „Anlagevorrichtung für Fegeblechdrucken“.
M. 156 943 943 Handbergerische Maschinenfabrik G. Gaebe, Darmstadt, „Vorrichtung zur Anfertigung von Tiegelmäschinen mit schwingendem Druckab“.

Literarisches

„Wie reist man in Norwegen und Schweden?“ Ein Buch zum Lust- und Wissenswertem. Mit Berücksichtigung von Finnland, der Guldborgenele und Kopenhagen. Von Professor Dr. Carl Engel. Mit mehr als 60 Karten, Plänen und Bildern. 1925. Verlag Friedrich Vieweg in Schwerin u. M. Weigand (Hannover) 7 M. Aber dieses ist zu selten und andern Leuten begehrter als diesen bei möglichen Ausfragen an Kräfte und Wohlstand und doch höchsten und schönsten Genüssen in Kunst und Natur. In der Handlung ist noch Platz zu werden. 10 000 Bände, keine 2 Bände, durch den Verlag, Schweden, stellen bewiesen das. In dem vorliegenden Bände werden die die berühmte Wanderschaft Knatts einem neuen großen Gebiet an. Eine treffliche Schilderung von Land und Leuten, von einem Bergland voll eigenartiger erhabener Natur, voll großartiger wilder Schönheit bereichert, benutzend, der mit „Kinet“ zuverlässig und maßvoll aufgestellt ist.

„Der neue Rundfunk.“ Unter diesem Titel erscheint in Berlin eine neue Rundfunkzeitung für das deutsche Volk. Es handelt sich dabei um das offizielle Organ des Arbeiter-Radio-Klubs Deutschlands, e. V., Sitz Berlin. Die neue Zeitschrift ist vorläufig 24 Seiten stark und erscheint mit allen deutschen und ausländischen Sendungsprogrammen. Preis 20 Pf., im Postbezug mit Bestellung ins Haus noch billiger. Bestellungen auf den „Neuen Rundfunk“ können bei der Post, beim Verlage C. Jantke & Co., Berlin SO 26, Elisabethufer 28/29, oder beim Arbeiter-Radio-Klub Deutschlands e. V., Berlin SO 26, Drantenstraße 182, abgegeben werden.

Verschiedene Eingänge

Taschenbuch für Buchdrucker-Verleger nebst Kalkulations-Tabellen. Zweiter Jahrgang 1926. Im Verlag 2 M. Verlag Buchdruckerei Wilhelm M. Saling & Co., Berlin SW 68, Post-Telegraphen-Str. 30.

„Die Bucherwartung.“ Zeitschrift für sozialistische Buchkritik. Mit Beilage Arbeiterbibliothek. Herausgegeben vom Reichsverband für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SE 38, Lindenstraße 3. Preis des Einzelhefts 75 Pf. Im Postbezug vierteljährlich 1,50 M. (drei Hefte).

Briefkasten

G. A. in R.: Eingang nicht bewirkt, über-vernommene Beweggründe später einmal. — M. D. H.: Wirtschaftliche Dilettanten, Heft 1, Direktor Dr. Seifried. — A. S. in R.: Die „Reichsvereinsorganisation“ (amtliche Textausgabe) erhalten Sie von der Verlagsanstalt Deutsche Reichsdruckerei, e. V., Berlin SW 19, Verdrandstraße 24. — G. D. in Bamberg: Zum tausendsten Male ist es gesagt: Wir realisieren nur noch 50jährige Verbandsstatuten. — A. B. in Hannover: In keinem andern Umfang kann der verabschiedete Bericht Ihre Aufmerksamkeit mehr finden. Die inhaltliche Wiederabgabe des Wortraumes erfordert fast zumeist. — S. in D.: Dar nur als Material möglich; 3,40 M. — F. M. in D.: Inf. 170; 3 M. — G. H. in D.: Betrag von 6 M. mit dem 17. d. hier eingegangen (Inf. 1 in 20).

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreifundstraße 5. Fernruf: Amt 1456 bis 1466. (Verbandsbureau) Bank der Arbeiter, Angehörigen und Beamten A.-G., Berlin SW 14, Wallstr. 65. Postfach 1000. Berlin Nummer 1023 87 (W. Schweinitz).

Graue Statistikkarten einsehen!

Schäferschen Einblendungstermin für April 7. Mal. Richttag für die Föhlung der Arbeitslosen: 24. April. Auf richtige Formulierung der Statistikkarten ist zu achten.

Gau Mittelhess. Denjenigen Herren Delegierten, die bereits am Freitag fahren müssen, diene zur Kenntnis, daß für diesen Abend als Treffpunkt das Lokal „G. M. B. K. u. S.“, Marktstraße 20, bestimmt ist. 20 Hauptgebäude Blöden mit Anlage 3 der Elektrischen bis Poststelle Schloßplatz. Mandatsformulare nicht vergessen!

Adressenveränderungen

Albinen a. M. Kassierer: Georg Sennich, Doree Basse 17.
Vödenfeld, Vorhändler: Michael Meier, Werderstraße 104. Heubede (Eisenbahn). (Waldhüttenvereinsvereins). Vorhändler: Karl O. S. e. r., Ring 9 III.

Zur Aufnahme gemeldet

(Eingemeldet innerhalb 14 Tagen an die belegte Adresse):
Im Gau Westhessen-Alber die Geber 1. Georg S. a. i. s. e. geb. in Berlin 1892, ausget. das 10. 11. 1925, 2. M. B. e. f. geb. in Angermünde 1871, ausget. das 18. 11. 1925, 3. der Drucker Franz W. e. m. e. l. e. r. geb. in Wollte 1895, ausget. das 10. 11. 1925, 4. der Maschinensetzer S. t. r. a. v. e. w. e. l. geb. in Zborn 1904, ausget. in Wehrheim 1925; waren John Winkler. — R. W. ahnde in Schwerin i. M., Wollte Str. 10.
Im Gau Osthessen-Alber der Leiter Kurt W. e. r. d. e. u. l. geb. in Jüterburg 1904, ausget. in Wehrheim 1925; war John Winkler. — Walter Krause in Wollte a. Str., Vorderhagen 61/62 (Zimmer 21).

Neue- und Arbeitslosenunterstützung

Darmstadt. Der Pastor Erich W. e. b. e. r. geb. in Solberg am 21. August 1893 (Konradstr. 10) wird hiermit aufgefördert, 1926 (Anfang 26. M. M.) für 13 Heftbeiträge einzufenden, anderenfalls Ansuchen erfolgt. Die Herren Funktionäre werden gebeten, bei alle Notiz aufmerksam zu machen und dessen Gehalt im Hinblick auf den Kassierer W. e. b. e. r. Darmstadt, Arbeitslosen, 28, 28 a. l. i. m. für durchzuführende Kollegen wird nur in der „Verlags- und Druckereligenenschaft“ ausgesetzt. Umstände verboten.

Eröffnung des Buchgewerbefalles Dreibundstraße 5 im neuen Verbandshause zu Berlin

Am Sonnabend, dem 1. Mai, dem Weltfeiertag der gesamten Arbeiterschaft, wird mittags 12 Uhr in dem neuen Verbandshause der Deutschen Buchdrucker der „Buchgewerbefall an der Dreibundstraße“ eröffnet werden mit einer reichhaltigen

Ausstellung graphischer Arbeiten

die das Wirken und die Ziele des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker der Kollegenchaft vor Augen führen soll. Mit der Eröffnung des Buchgewerbefalles kommt sichtbar zum Ausdruck, daß bei dem Bau des neuen Verbandshauses nicht nur gewerkschaftlich-materielle Gedanken vorkamten, sondern daß auch von Anfang an auf die ideellen Bestrebungen der deutschen Gewerkschaft Rücksicht genommen wurde. Der gesamten deutschen Kollegenchaft sollen monatlich wechselnde Ausstellungen von Erzeugnissen des gesamten graphischen Gewerbes ständig zur Anschauung, Belehrung und Fortbildung dienen und zur Freude an unserem schönen Beruf Anregung geben. Das Schaffen der vorwärtstrebenden Kollegen, das Erreichte der Fortgeschrittenen, die Erzeugnisse der deutschen graphischen Künstler, die vorbildlich auf das Schaffen der Buchdrucker einwirken, werden an vorbildlichen Schauobjekten den Besuchern gezeigt werden. Nicht nur den Berliner Kollegen ist Gelegenheit zur Besichtigung gegeben. Weil im Buchgewerbefall das ganze Jahr hindurch ununterbrochen ständig wechselnde Ausstellungen veranstaltet werden, ist jedem deutschen Kollegen, der irgend etwas in Berlin zu tun hat oder Berlin auf der Durchreise berührt, immer Gelegenheit zur Besichtigung irgendeiner Ausstellung geboten. Der Buchgewerbefall ist wochentags von 9 bis 7 Uhr und Sonntags von 10 bis 1 Uhr geöffnet

Niemand sollte den Besuch veräumen!

Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker / Berlin SW 61, Dreibundstraße 5

Brandenburgischer Maschinenfehrverein

Sonntag, den 9. Mai:

Wanderfahrt nach Kottbus

Eröffnung früh 8,02 Uhr ab Ostlicher Bahnhof, 8,14 Uhr ab Nieder-Schöneberger-Johannisthal. Ankunft in Kottbus 10,20 Uhr. Nachmittags durch die Stadt zum Gewerkschaftshaus. Nach dem Festessen (Vormittag) Vortrag über die Bedeutung der Maschinenfehrvereine. — Nachher: Gemeinsames Mittagessen (Brock 1,25 Mk.). Ausflug, Kommerz. Rückfahrt ab Kottbus 9,40 Uhr abends, Fahrkarte für 4 Personen und Rückfahrt 5,60 Mk. sind zu haben jeden Montag ab 4 Uhr bei Hennig, Alexanderstr. 44, im „Vorwärts“-Museum (Museum für die Arbeiterbewegung) und auf dem Vereinsbureau. Kollegen! Gerechtigkeit!

Bei der Wochung vom Kongress haben nur acht Kollegen die absolute Mehrheit erreicht. Es macht sich bemerkbar, weshalb zwischen den Kollegen Fritz Biele (Klinotyp), Oberwald und Otto Hennemann (Klinotyp), Holzarbeiter-Deutscher. Stimmzettel zur Stichwahl sind am Montag, dem 3. Mai, ab 4 Uhr nachmittags, bei Hennig, Alexanderstr. 44, abzugeben. Die Auszahlung zur Stichwahl erfolgt am Montag, dem 10. Mai, ebenfalls selbst. Der Vorstand.

Berliner Korrektorenverein

Sonntag, den 9. Mai, vormittags 10 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Alexanderstr. 44:

Mitgliederversammlung

Tagesordnung: 1. Neuaufnahmen. 2. Vortrag von Frau Dr. phil. Olga Gieseler, Dozentin an der Humboldt-Hochschule: „Neue Muttersprache in der Gegenwart“. 3. Zum Schluß des Berliner Korrektorenvereins: a) Aussprache und Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge; b) Wahl der Delegierten; c) Aussprache über und Vorschläge für die auf dem Korrektorenkongress zu wählende Zentralkommission (Punkt 2 der Satzung der Zentralkommission der Korrektoren Deutschlands). 4. Vereinskassenberichterstattung. 5. Verschiedenes. — Anträge zum Korrektorenkongress müssen bis zum 8. Mai beim Vorstand eingereicht sein. — Der Vorstand.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet Der Vorstand.

TVB Bildungsverband Ortsgruppe Berlin

Am Freitag, dem 7. Mai, abends 8 Uhr, spricht im „Berliner Klubhaus“, Dönhofsstr., einer der marinierten Redakteure des elementaren Typographen, Herr Joan Kerschlag, über:

Konstruktivistische Satzgestaltung

Der Vortrag wird durch Lichtbilder und eine reichhaltige Ausstellung von den Arbeiten des Künstlers unterstützt. Wichtigkeit findet Ausstellung und Sprechung des Kreisvertrages statt. Das „Bildbuch“, „Das Totenbuch“, gelangt zur Ausgabe. Zu dieser Veranstaltung haben ausnahmsweise Nichtmitglieder Zutritt.

Ganduch f. Buchdrucker (Maschinenmeister) geb. 10, 80 M. A. Slegel, München SW 2, Landwehrstr. 47

„Ihren lieben Kollegen Kurt Scheidemann zu seinem 50-jährigen Verbandsjubiläum die aufrichtigsten Glück- und Segenswünsche! Die Kollegen der Kaffeler Post“, Kassel.

Unserm werten Kollegen und früheren langjährigen Bezirksvorsitzenden 187 Konrad Engelbach die herzlichsten Glückwünsche zu seiner vierzigjährigen Verbandsmitgliedschaft. Die Kollegen der „Kaffeler Post“, Kassel.

Am 26. April verstarb nach langem, schmerzlichen Leiden unversehrter Kollege der Montags-Inspektor Eugen Jenner im Alter von 49 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kollegen der Monats-Gewerkschaften-Vertriebs-Ges., Berlin.

Am 24. April verstarb der Schriftführer der Kreiszentrale Leipzig, Kollege Fritz Lehmann. Wie wertvoll er ihm einen guten Funktionär und braven Kollegen. Sein offener und offener Charakter sichert ihm bei seinen Verstorbenen ein dauerndes Andenken. Kreiszentrale Leipzig der Deutscher Buchdrucker. Verein Leipziger Drucker.

Berliner Buchdrucker-Steinographenverein

Kollegen, denkt daran, daß in Zukunft auch die Kenntnis der Kurzschrift zu unserm beruflichen Nutzen gehören muß. Die nun erfolgte Einführung der Einheitskurzschrift in Schule und Verwaltung wird in absehbarer Zeit zu einer viel unzufriedener, allgemeiner Anwendung der Kurzschrift in den Kreisen aller Schreibenden führen, und es wird sich damit mehr und mehr als notwendig erweisen, auch nach kurzschriftlichen Manuskripten zu arbeiten. Bis es erkannt die Zeichen der Zeit und geht rechtzeitig an die Ertüchtung der Kurzschrift heran.

Der Berliner Buchdrucker-Steinographenverein (Einheitskurzschrift) eröffnet am Freitag, dem 7. Mai, abends 8 Uhr, im „Alexanderstr.“, Alexanderstr. 44 (Dicht am Moritzplatz), Zimmer 4

einen Anfänger-Beleg in Einheitskurzschrift

Dauer zwei Monate bei wöchentlich zwei Unterrichtsstunden. Auf Wunsch wird auch Kollegen, die in Abendstunden arbeiten, ein Sonntagvormittags-Beleg eingerichtet. Weitere Auskunft erteilt Kollege Fritz König, Berlin W 30, Mohrstraße 64. 1289

Faltboote führen Sie zerlegt im Rucksack mit sich. Mit Wandern an Flüssen u. Seen verbringen Sie Ihre Sonntage und Ferien gesund, billig und reizvoll. Wir liefern nur direkt. Verlangen Sie die illust. Schrift „Wasserwandern“ gegen Mk. — 50 od. einfache Preisliste kostenlos. KLEPPER-FALTBOOT-WERKE, Rosenheim a. Inn 120

Eine Berufskrankheit des Buchdruckers

Ist der Schwelmsucht und die damit verbundenen Beschwerden „Phosmia“ (nach ärztlicher Verschreibung hergestellt) befehligt den läßlichen Geruch, ohne die notwendige Ergreifung von unterdrücken und hält selbst in schwersten Fällen. Preis 1 75 Mk. die Tube, Nachnahme 2 Pfennig mehr. Verlag R. Städt, Erfurt, Langenstraße 33, Postfach Erfurt 6680.

Abnorm-Betrieb Gebrüder Kalkhof, Mainz

Die Angelichte- u. Druckmaschinen 300 Stk., Kenogr. jed. Größe. Die Werkzeuge 80 Stk. in. Viele Vor- u. Anordnungen für System, Eisen, Stahlgieß-, Stahl-, eisigelechte Werkzeuge. 300 Stk. in. Preis 1, 80 Mk. fr. Verlag R. Städt, Erfurt, Langenstraße 33, Postfach Erfurt 6680.

Seher-Metteur

Seher (Alter 33 Jahre), firm in allen Materien: Weis, Tabellen, Maschinenbau, Instrumente, Licht für sofortige Stellung, eventuell Babcock, Zeitung, Odege, Best. Off. mit Lohnangebot unter Nr. 172 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Berlin SW 61, Dreibundstr. 5.

Druckverein Dpladen

Ausflug mit Damen verbunden mit Vierteljahresversammlung Sonntag, den 2. Mai, nachmittags 2 Uhr, Abmarsch vom Bahnhof Witten (Gefäßboilerstraße) nach Dpladen. Im Einverständnis der Tagesordnung. Bei schlechter Witterung findet die Versammlung im Walfahrt Witten, Dpladen, nachmittags 2 Uhr im Walfahrt Witten, Dpladen, statt. Die Teilnehmer sind gebittet, sich rechtzeitig zu melden. Am 1. Mai, abends 8 Uhr, im „Vorwärts“-Museum (Museum für die Arbeiterbewegung) und auf dem Vereinsbureau. Kollegen! Gerechtigkeit!

Die Funktionäre

werden um die dergeltige Adresse des Seher bzw. Faktors Wilhelm, Witten, zuletzt im Gau Mittelrhein, gebeten, und dies unter Nr. 177 an den „Korr.“, Berlin SW 61, Dreibundstr. 5, zu senden

Beizel Neurrupin

Versammlung am Sonntag, dem 9. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, in Berlin, „Gewerkschaftshaus“ (Ersatz III), Engelshofstr. 24/25. Die ehemaligen Mitglieder des Bezirkes sind hierzu herzlich eingeladen.

Bequeme Monatszahlungen

Meyers Klassiker-Ausgaben

auf hochwertigem Papier, geschmackvoll gebunden pro Band in Ganzleinen 2,25 Mk., in Halbleinen gebunden mit Goldschmuck 7,50 Mk. Goethe, Festausgabe, 18 Bände (erschienen sind die Bände 1-5, die weiteren folgen im Laufe dieses Jahres).

Sofort vollständig lieferbar (siehe):

Chamisso, 8 Bde.	Gerber, 5 Bde.	Blücher, 2 Bde.
Eichendorff, 2 Bde.	Hoffmann, 4 Bde.	Schiller, 4 Bde.
Freiligrath, 2 Bde.	Keller, Goltz, 8 Bde.	Schiller, 11 Bde., 9 Bde.
Hebel, 3 Bde.	Kleist, 5 Bde.	—, 6 Bde., 3 Bde.
Heimann, 5 Bde.	Meyer, 2 Bde.	Schopenhauer, 10 Bde.
Kant, 4 Bde.	Renan, 2 Bde.	Storm, 6 Bde.
Hebel, 6 Bde.	Reisinger, 7 Bde.	Ulfland, 2 Bde.
Goethe, 4 Bde.	Reuter, 7 Bde.	Ulfland, 4 Bde.

Meyers Klassiker-Ausgaben verdienen Ihre Beliebtheit Ihrer musterhaften reichlichen Ausstattung und Ihrer gelegentlichen Ausstattung. Sie lassen nach unangenehmem Urteil erkennen die besten Ausgaben für ein gebildetes Publikum. — Jeder Klassiker ist einzeln zu haben, ohne jeden Teilzahlungsbeitrag (Kleinste Rate 2 Mk.).

6 Monatszahlungen

Buchhandlung Karl Bied, Berlin SW 68, Postfach 207 40. Ich bestelle 11. Einzelheft im Korr. j. D. Buchdr. bei der Buchhandlung Karl Bied, Berlin SW 68, Mohrstraße 64, und Meyers Klassiker-Ausgaben:

gegen bar — gegen 6 Monatszahlungen (siehe unter 3 B.). Der ganze Betrag — die erste Rate — folgt gleichgültig — ist nachzunehmen. (Möglichkeit geb. freizahlen.) Erfüllungsort Berlin.

Ort u. Datum: Name u. Stand:

Leipziger Maschinenvereinerung

Unter Stiftungsgesch findet am Sonnabend, dem 8. Mai, im großen Saale des „Volkshauses“ statt als:

Ein Fest des Maien

Mitwirkende: Das Orchester Schiller-Orchester mit großer Besetzung. Herr S. W. H. Dresden (Vedler zur Laute). — Herr Cornelius (Schriftsteller W. W. H. mit neuen Schlangen. Turnieren vom Tiers- und Sportverein (Eiche, Abtlg. W.).

Anfang 7 Uhr. Tanz bis 1 Uhr. Ab 1 Uhr Kaffeepause. Eintritt für Mitglieder und deren Damen 30 Pf., Gäste 60 Pf. Karten im Gewerbeamt und bei den technischen Verwaltungen.

Voranzüge: Sonntag, den 8. Juni, Familienausflug nach Rosslu.

Nächste Versammlung am Sonntag, dem 30. Mai, vormittags 10 Uhr, im „Volkshaus“.

Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe

Am 3. Februar erschien in vollkommener neuer Bearbeitung: Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe. 8 Ausgaben, von 3. und 4. Aufl. Mitteilungs- und Anordnungsamt, mit besonderer Berücksichtigung des neuen Buchdruckgesetzes, Ausgabe März 1925, 630 M., bei Vorbestellung, 6,50 M., per Nachnahme J. D. Knoll, München, Rumpfstraße 27, Postfachkonto 110

Tüchtiger Zurichter

mit langjähriger Praxis in Schnittleiste-, der Schnittleistemaschinen perfekt zurichten, reparieren sowie neue Teile anfertigen kann, so fort gesucht.

Ausführliche Offerten nebst Zeichnungen an Turnatoria Romana de Liters, Bukarest, str. Popa Nan No. 65.

Maschinenmeister

24 Jahre alt, vertraut mit Königs-Bojenanleger, in ungenügender Stellung, möchte sich umständlicher in die Gegen v. Weizen verändern.

Angebote unter N. P. 171 an die Geschäftsstelle des „Korr.“, Berlin SW 61, Dreibundstr. 5.

Neusilber-Alpaka

6 Stk. Tischmesser, 6 Stk. Tischgabeln, 6 Stk. Esslöffel, 6 Stk. Kaffeelöffel, alles mit Perlrand, unverschiebbare Qualität.

Vornehm, Gefällig, alle Zwecke Garantie für Zufriedenheit.

Fabrikpreis 24 — bei 10 Kolonnen zusammen 24 — im 5% Rabatt nur

Vorläufige Zusendung bei Zahlung oder Verzinsung. Schreiben Sie noch heute! Ernst Stück, Neussilber-Alpaka-Gesellschaft, Matthäerstraße 6.

Garantierter reiner Einblendeten Honig allerersten Qual., hell, aromatisch, 10 Pfund-Flasche 12,50 M., frei Haus, Plauen, Jankel-Reimers, Quidborn, Postf. 155.